

P R O T O K O L L

Über die 33. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 18. Mai 1989, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Hahn

Karl Hochrathner

Mag. Gerhard Klausberger

Herbert Lang

Johann Manetsgruber

Rudolf Pickl

Ing. Karl Pragerstorfer

Erna Probst

Franz Rohrauer

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremel

Anton Vorhauer

Alfred Wallner

Christine Wieser

Wolfgang Wieser

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR. Dr. Kurt Schmidl

Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein

Direktor OAR Helmut Riedler

OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

VOK. Augustin Zinedner

Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

GHJJ1-867/89	Sporthalle Tabor; Ankauf eines Reinigungsautomaten (Ersatzbeschaffung).
Ha-1289/89	Kärntner Landsmannschaft; Errichtung eines Kärntner Bildstockes und 70-Jahr-Feier; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-1938/89	Museum Industrielle Arbeitswelt Steyr; Sonderausstellung "Kinder in Afrika"; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Präs-782/81 Gem-3684/82	Ankauf von Bildbänden von Steyr vom Verlag Gutenberg. Konkurs über das Vermögen des Gerhard Eckel, Steyr, Abschreibung von Abgabeforderungen.
K-1265/89 SchuI-5536/88	Schloßgalerie; Ankauf von Vitrinen und Stellwänden. Schulland-, Sport- und Wienwochen der Steyrer Pflichtschulen im Schuljahr 1988/89.
Bau6-5667/88	Verbesserung und Neubau von Kanälen in der Enge Gasse; Schlußrechnung.
Bau6-1106/89 Präs-253/89	Kanal Grabnerweg; Aufschließung Küllinger - Gleink. Gemälde vom akademischen Maler Otto Götzinger von Bürgermeister Heinrich Schwarz; Ankauf.
Ha-2739/89 ÖAG-4766/88	Friedenswerkstatt Steyr; Subvention. Mülldeponie der Stadt Steyr; Deponieentgasung; Erstellung eines Detailprojektes.
Bau6-4840/83	Projektierung Sammelkanal F III; Verbindung Steiner- bis Ennser Straße; Teilschlußrechnung.
GHJ2-2195/89 Ha-888/89	Amtsgebäude Redtenbachergasse 3; Heizungsumstellung. Gewährung von Subventionen an kulturelle, karitative und soziale Organisationen im Jahre 1989.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) VH-2700/89 Festsetzung von Kursbeiträgen, Aufwandsentschädigungen und Kursleiterhonoraren für die Volkshochschule der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1989/90.
- 2) ÖAG-410/80 "Schwimmschule" Steyr - Betriebsabgang 1988; Gewährung eines Zuschusses.
- 3) Bau2-6446/86 FAZAT, Gewährung einer außerordentlichen Subvention für das Jahr 1989.
- 4) Bau2-6446/86 FAZAT, Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben; Honorarforderung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 5) Ha-1058/89 Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Ankauf eines Ambulanzfahrzeuges; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 6) Ha-1874/88 Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Jahressubvention 1989.
- 7) Präs-254/89 Personalvertretung des Magistrates Steyr; Subvention zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben 1989.
- 8) Ha-3327/88 Verein "Ferienheim der OÖ. Gemeindebediensteten"; Subvention.
- 9) Buch-7100/88 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr 1988.
- 10) Wa-6780/88 Wasserverband "Steyr-Kruglwehr"; Gründungsversammlung - Verbandssatzungen; Genehmigung der Satzungen und des Kostenteilungsschlüssels; Vergabe des Planungsauftrages.
- 11) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 01 - Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme.
- 12) Ha-2388/76 Förderung des Bauabschnittes 07 in Form eines Investitionsdarlehens durch das Land oberösterreich.
- 13) Ha-3136/74 ABA BA 06 der Stadt Steyr; Zustimmung zum Finanzierungsplan; Ergänzung zum Gemeinderatsbeschluß vom 20. 10. 1988.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 14) SH-570/89 ZAH; Rentex-Inkontinenz-Verfahren, Abschluß eines Dauerliefervertrages mit der Firma Wozabal, Linz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 15) Bau3-1163/88 Gehsteigverbreiterung an der Westseite des Stadtplatzes.
- 16) Bau3-6340/88 Asphaltierungsprogramm 1989 inkl. Ausbau der Marienstraße.
- 17) ÖAG-2874/89
Städt. Wi-Hof Ankauf eines Baggerladers.
- 18) ÖAG-6868/86
Stadtwerke Städt. Verkehrsbetrieb; Regelung der Freifahrt für Invalide ab 1. 6. 1989.
- 19) Ha-940/89 Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege";
Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 20) Bau6-3859/86 Aufschließung der Gewerbegründe Ennser Straße - Teil 2; Kanalbau - Erweiterung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 21) ÖAG-1485/89
Stadtwerke Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf an Sphärogußrohren und Formstücken.
- 22) ÖAG-2243/88
Stadtwerke Kanalbau Fischhub - Gas- und Wasserleitungsverlegungen; 2. Bauabschnitt.
- 23) ÖAG-3439/88
Stadtwerke Kanalbau Schlüsselhof; Sanierung des Trinkwasserverteilungsnetzes und Neuverlegung von Niederdruckgasleitungen; Bauabschnitt 1989.
- 24) ÖAG-2753/89
Stadtwerke Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges und einer Erdgashochdruckleitung in der Infangstraße.
- 25) ÖAG-2777/89
Stadtwerke Verlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges in der Gleinker Hauptstraße.
- 26) ÖAG-1213/89
Stadtwerke Städt. Gaswerk - Lieferung von Erdgas an die von der Österr. Fernwärmegesellschaft betriebene Wärmezentrale des Landeskrankenhauses Steyr; Erdgasliefervertrag; Herstellung der Anschlußleitung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 27) Bau2-5800/81 Kaufvertrag mit Heinz Stadler, EZ 498, KG Gleink; Stornierung.
- 28) FW-330/89 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 29) GHJ1-1878/89 Ankauf von Maschinen und Werkzeugen für die Stadtgärtnerei und städtische Sportanlagen.
- 30) GHJ1-2135/89 Ankauf von Sesseln für den Stadtsaal Steyr.

Vor Beginn der Gemeinderatsitzung fand eine nicht öffentliche Informationssitzung statt.

Tagesordnungspunkte: Gestaltung Stadtplatz, Steyrdorf und Wehrgraben.
Beginn: 13 Uhr

Anwesende Beamte des Bauamtes:

Baudirektor SR. Dipl. Ing. Helmut Vorderwinkler, Reg. Rat TOAR Ing. Karl Scheuer, Dipl. Ing. Gerhard Schmid, TOAR. Ing. Wolfgang Grassnigg, OBR. Dipl. Ing. Wilfried Schönfelder, Mag. arch. Ing. Heribert Flaschker

Baudirektor SR. Dipl. Ing. Helmut Vorderwinkler berichtete über die Neugestaltung des Steyrer Stadtplatzes.

Zu diesem Thema haben sich folgende Mitglieder des Gemeinderates zu Wort gemeldet:

Die Gemeinderäte Treml, Eichhübl, Manetsgruber, Ing. Pragerstorfer, Rohrauer Vizebürgermeister Holub und die Stadträte Ing. Schloßgangl und Ehrenhuber.

Zum Bericht des Herrn Baudirektors Dipl. Ing. Vorderwinkler betreffend Kanalbau und Gasleitungsneuverlegung im Steyrdorf und Wehrgraben haben sich die Gemeinderäte Ing. Pragerstorfer und Treml zu Wort gemeldet.

Abschließend gab Dipl. Ing. Schmid einen Bericht betreffend das Komitee Steyrdorf bzw. über die Auswertung der Erhebungs- und Verkehrsbögen.

Ende der Informationssitzung: 14.40

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14.50 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne mit einer einstündigen Verspätung die Gemeinderatsitzung, die ordnungsgemäß einberufen wurde. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Frau Gemeinderat Gertrude Schreiberhuber und die Herren Gemeinderäte Ing. Mayrhofer und Direktor Zagler. Die Beschlußfähigkeit ist somit gegeben.

Ich bitte die Gemeinderäte Hubert Sturmberger und Otto Treml um Übernahme der Protokollprüfung.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen, daß solche nicht vorliegen.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters habe ich Ihnen einige aktuelle Mitteilungen vorzutragen.

Zunächst sowie immer die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, zur Situation auf dem Arbeitsmarkt in unserem Arbeitsmarktbezirk. Das anhaltend günstige Konjunkturklima, basierend auf einem sich unerwartet positiv entwickelnden Wirtschaftswachstum, verursacht einen beachtlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Jahresvergleich ist die Zahl der beim Arbeitsamt Steyr vorgemerkten Personen um 1/5 zurückgegangen (die milde Witterung verstärkt die positiven Tendenzen), im gleichen Zeitraum haben die gemeldeten offenen Stellen um 2/3 zugenommen. Die Verbesserung der Vermittlungschancen betrifft vorwiegend jüngere männliche Arbeitslose mit geringer Vormerkdauer. Schwerpunkte in der Arbeitskräftenachfrage liegen vor allem in den Bereichen Metall/Elektroberufe, Bau, Handel und Fremdenverkehr. Ende April waren im Bezirk Steyr 2121 Arbeitslose (1026 Männer und 1095 Frauen) gemeldet, das sind um 149 (128 Männer und 21 Frauen) oder 6,6 Prozent weniger als im Vormonat, der Rückgang im Jahresvergleich beträgt 567 (550 Männer und 17 Frauen) oder 21,1 Prozent. Die positive Entwicklung

der Arbeitsmarktlage wirkt sich also in erster Linie am männlichen Teilarbeitsmarkt aus, die Zahl der beschäftigungslosen Frauen liegt in diesem Monat höher als die der arbeitslosen Männer. Ein Rückgang an Vorgemerkten war im April wie in den Vormonaten vor allem im Baubereich festzustellen (- 114), aber auch in der Sparte Metallberufe vermindern sich die Arbeitslosenzahlen weiter (- 40). Der Sektor Fremdenverkehr brachte mit dem Ende der Wintersaison ein Plus von 73 Vorgemerkten gegenüber dem März 1989 (im Jahresvergleich ist aber die Gemeldetenzahl um 49 niedriger). Als Berufsgruppe mit den höchsten Arbeitslosenzahlen präsentiert sich derzeit noch immer der Metallbereich (403 Vorgemerkte) vor den Sparten Fremdenverkehr (292), Büro 218 und Handel 213. Am Sektor Jugendarbeitslosigkeit (477 Vorgemerkte) fällt auf, daß im Vergleich zum Vormonat die Arbeitslosenzahlen am weiblichen Teilarbeitsmarkt (274) um 25 (oder 10 Prozent) höher liegen, während die Vormerkungen der Männer um 27 (oder 11,7 Prozent) zurückgingen. Es ist also auch hier ganz deutlich zu sehen, daß Problemgruppen (neben den Frauen vor allem auch ältere oder behinderte Ratsuchende oder auch vorgemerkte Arbeitslose ohne Qualifikationen) viel weniger von der günstigen Arbeitsmarktsituation profitieren als Männer in den Altersgruppen zwischen 15 und ca. 45 Jahren.

Soweit ein einigermaßen ausführlicher Bericht, der uns seitens der Arbeitsmarktverwaltung zur Verfügung gestellt wurde.

Nun zu einem weiteren Thema. Es ist, glaube ich, allgemein bekannt, daß die Absicht besteht, Teile der Produktion der Steyr-Daimler-Puch AG nach St. Valentin zu verlegen. Nach Bekanntwerden dieser Absicht der Steyr-Werke im Rahmen des Strukturkonzeptes die Verlegung der Produktion des Motors M 1 von Steyr nach St. Valentin vorzunehmen, habe ich unverzüglich beim Generaldirektor der Steyr-Daimler-Puch AG, Dipl. Ing. Otto Voisard, energisch interveniert und darauf hingewiesen, daß die Steyr-Daimler-Puch AG trotz aller wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der Stadt Steyr und darüberhinaus der angrenzenden Region das dominierende Wirtschaftsunternehmen bleiben muß. Eine weitere Reduzierung der Arbeitsplätze in diesem Betrieb hätte für die Erhaltung der Kaufkraft und damit der Lebensqualität unabsehbare Nachteile und Folgen. Das Interventionschreiben ist auch Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck zugegangen, welcher mir mit Note vom 2. 5. 1989 versicherte, sich im Sinne der Stadt Steyr um eine günstige Lösung zu bemühen. Eine Antwort des Schreibens an den Herrn Generaldirektor Voisard ist bis dato nicht eingegangen.

Soweit diese Mitteilung.

Meine Damen und Herren, entsprechend der bestehenden Tradition, die einzelnen Mitglieder der Landesregierung in periodischen Abständen zu einem Besuch der Stadt Steyr einzuladen, um gewissermaßen vor Ort die anstehenden Probleme besprechen zu können, fand am 16. Mai ein Besuch von Landesrat Fritz Hochmair statt. Als Themen wurden folgende Punkte erörtert: Einführung eines Notarztsystems; von der Stadt bisher gesetzte Umweltschutzmaßnahmen; Anlage des Schloßparkteiches; Naturlehrpfad; Aufschüttung der Ennsinsel im Bereich Hausleiten; und es war vorgesehen ein Besuch in der behindertengerechten Sportanlage Resthof der Familie Gaser, die große Investitionen erfordert hat, zu denen er gerade im Sanitärbereich unter Umständen Zuschüsse gewähren kann. Besonderer Schwerpunkt der Unterredung war die Einrichtung des Notarztsystems und kann nunmehr davon ausgegangen werden, daß schon in der nächsten Zeit - so wie in Ried und Wels - auch in Steyr mit einer Realisierung zu rechnen ist. Die beantragten Investitionsmittel für die Anschaffung von drei Notarztwagen-Systemen sind bereits schriftlich genehmigt. Mit einer Zusage betreffend die Betriebskostenabdeckung von 1,76 Millionen Schilling pro NAW-System für die Dauer des KRAZAF kann gerechnet werden. Mündliche Zusagen liegen bereits vor. Diese bedürfen jedoch noch der formalen Genehmigung. Die 1,76 Millionen Schil-

ling decken folgende Aufwände ab: 4 Sanitäter, die Abschreibung, die Betriebskosten. In personeller Hinsicht sind 1 bis 2 Sanitäter durch den Magistrat zu finanzieren, 1 Sanitäter durch die umliegenden Gemeinden, ein weiterer Sanitäter soll durch Umstrukturierungsmaßnahmen durch das öö. Rote Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, gestellt werden. Die Stationierung des Notarztwagens ist beim Krankenhaus vorgesehen. Da die Mittel aus dem KRAZAF zeitlich begrenzt sind, soll bis 1991 versucht werden, eine gesetzliche Basis für NAW-Systeme zu finden. Nach Meinung von Landesrat Hochmair wäre eine Novellierung des öö. Rettungsgesetzes 1988 vorstellbar sowie die Einbindung in das Krankenanstaltengesetz, wodurch der Notarztwagen ein fixer Bestandteil der Krankenhäuser würde. Ich bin froh, daß es nunmehr gelungen ist, die jahrelang geführten Verhandlungen zur Einführung eines Notarztwagens zu einem positiven Abschluß zu bringen. Ein nicht unwesentliches Verdienst an diesem Erfolg kommt Herrn Primarius Univ.Prof. Dr. Kleinberger und Herrn Stadtrat Johann Zöchling, Leiter der Bezirksstelle Steyr-Stadt des Roten Kreuzes, zu, welchen Persönlichkeiten ich bei dieser Gelegenheit den besonderen Dank aussprechen möchte.

Zusätzlich zu diesem Tagesordnungspunkt wurde auch die Problematik des ZAH besprochen und Landesrat Hochmair ersucht, auch seinerseits als Gesundheitsreferent für eine finanzielle Unterstützung einzutreten, zumal durch den oft langzeitigen Aufenthalt pflegebedürftiger Personen das Landeskrankenhaus bzw. die Krankenversicherungen entlastet werden. Herr Landesrat Hochmair zeigte für alle von der Stadt Steyr aufgezeigten Probleme großes Verständnis und sicherte seine Unterstützung im Rahmen des möglichen zu. Erforderlichenfalls wird er sich auch für Gesetzesänderungen einsetzen; derartige Änderungen wären im Krankenanstaltengesetz und in den Bauvorschriften notwendig, damit endlich auch der ungeordneten Werbetafelplut Einhalt geboten werden könnte. Auch dieses Thema wurde ausführlich behandelt. Ich darf darauf hinweisen, daß bei diesem Gespräch Kollege Pimsl, Kollege Wippersberger, Kollege Holub und Zöchling anwesend waren und selbstverständlich auch seitens des Magistrates der Herr Magistratsdirektor. Meine Damen und Herren, eine zweite erfreuliche Mitteilung darf ich Ihnen noch machen.

Der Verein Museum Arbeitswelt erhielt am 16. Mai 1989 im Festsaal des Rathauses in einer Feierstunde vom Vizepräsidenten der Vereinigung Europa Nostra, Dr. Carlsson, ein Diplom verliehen. Diese Auszeichnung ist außerordentlich bemerkenswert, weil die Organisation "Europa Nostra" alljährlich nur etwa 35 Auszeichnungen für Projekte vergibt, die einen hervorragenden Beitrag zur Bewahrung und zur Wertsteigerung des architektonischen und natürlichen Erbes Europas geleistet haben. Bemerkenswert ist außerdem die Tatsache, daß nunmehr erstmals eine derartige Auszeichnung für den Umbau und die museale Nutzung eines stillgelegten eisenverarbeitenden Betriebes vergeben wurde, wobei das Projekt von 190 Bewerbungen ausgewählt wurde. Damit ist bewiesen, daß das Arbeitsmuseum einen Ruf und eine kulturelle Bedeutung erlangt hat, die weit über den Bereich der Stadt Steyr hinausgehen. Die Stadt kann sich als mitgeehrt betrachten, zumal sie für die Realisierung des Museums Arbeitswelt wertvolle Mitarbeit geleistet hat.

Soweit, meine Damen und Herren, meine Mitteilungen. Ich bitte um Kenntnisnahme. Zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates darf ich sagen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Gemeinderatseinladung bei.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im ersten Antrag darf ich Sie bitten, zuzustimmen, daß die Kursgebühren, Aufwandsentschädigungen und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule unserer Stadt für das Arbeitsjahr 1989/90 in der gleichen Höhe bleiben sollen wie sie der Gemeinderat am 9. 6. 1988 für das Vorjahr beschlossen hat.

1) VH-2700/89

Festsetzung von Kursbeiträgen, Aufwandsentschädigungen und Kursleiterhonoraren für die Volkshochschule der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1989/90.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 18. 4. 1989 werden die Kursbeiträge, Aufwandsentschädigungen und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1989/90 entsprechend dem Beschluß des Gemeinderates vom 9. 6. 1988 beibehalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wird eine Wortmeldung dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltungen? Beides nicht der Fall, daher so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, aufgrund von Gesprächen mit den Steyr-Werken, die schon vor einigen Jahren geführt wurden, sind wir wieder genötigt, einen Zuschuß zum Betriebsabgang der Schwimmschule für 1988 zu leisten. Ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

2) ÖAG-410/80

Stadtwerke

"Schwimmschule" Steyr - Betriebsabgang 1988;

Gewährung eines Zuschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 14. 3. 1989 wird der GWG der Steyr-Daimler-Puch GesmbH eine Subvention in Höhe von S 140.433,- zur Abdeckung von 50 Prozent des Betriebsabganges der "Schwimmschule" im Jahr 1988 gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 140.400,- (einhundertvierzigtausendvierhundert)

werden bei der VSt 5/7820/776010.4 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gibt es gegenteilige Auffassungen? Enthaltungen? Nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie um die Zustimmung zur Gewährung einer außerordentlichen Subvention für das Jahr 1989 an den Verein FAZAT ersuchen. Der Antrag lautet:

3) Bau2-6446/86

FAZAT; Gewährung einer außerordentlichen Subvention für das Jahr 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 21. März 1989 wird dem Verein FAZAT - Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention für das Jahr 1989 in Höhe von S 160.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 47.000,-- (siebenundvierzigtausend)

bei VSt 5/0610/777000.6 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 113.000,-- (einhundertdreizehntausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf Sie um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. So beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um die Honorarforderung des Herrn Architekten Falkner für die Architektenleistung im Zusammenhang mit dem geplanten Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben. Hiezu darf ich sagen, daß es sich mehr oder weniger um eine Durchlaufpost handelt. Wir erhalten diesen Betrag vom Bundesministerium refundiert. Der Antrag lautet:

4) Bau2-6446/86

FAZAT; Umbau des Direktionsgebäudes
im Wehrgraben; Honorarforderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 21. 3. 1989 wird dem Verein FAZAT - Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, Steyr, im Zusammenhang mit dem Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben eine zweckgebundene Subvention in Höhe von S 211.700,- zur Begleichung einer offenen Honorarforderung des Herrn Arch. Rupert Falkner für erbrachte Planungsleistungen gewährt. Nach Auszahlung dieses Subventionsbetrages, der als eingebrachte Leistung der Stadt Steyr als Vereinsmitglied in den Verein FAZAT anzusehen ist, ist unverzüglich beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, entsprechend der Zusicherung vom 28. Oktober 1988 dieses Ministeriums, um Refundierung dieses Betrages anzusuchen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 211.700,- (zweihundertelftausendsiebenhundert)

bei der VSt 5/0610/777000.6 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung?

Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichte und übergebe ihm den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen insgesamt 9 Anträge vorzutragen.

Beim ersten Antrag geht es um das Rote Kreuz, welches ein neues Ambulanzfahrzeug benötigt. Der Antrag lautet:

5) Ha-1058/89

Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Ankauf eines Ambulanzfahrzeuges; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 14. 4. 1989 wird dem Österr. Roten Kreuz, Landesverband Oberösterreich, Bezirksstelle Steyr-Stadt, eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 268.000,- zweckgebunden zum Ankauf eines Nissan Prärie Ambulanzfahrzeuges bei der Fa. Autohaus Weisengruber, Bahnhofstraße 62, Haag, gewährt.

Zum genannten zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 268.000,-- (zweihundertachtundsechzigtausend)

bei der VSt 1/5300/777000.8 bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

Ergänzend dazu darf ich mitteilen, daß es unserem Bürgermeister gelungen ist, daß wir S 200.000,- von der Sparkasse Steyr als Subvention für den Ankauf dieses Fahrzeuges bekommen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin der Auffassung, daß mit dem Ankauf eines neuen Rot-Kreuz-Wagens oder Ambulanzwagens gleichzeitig eine lebensrettende Mindestausrüstung von der Stadt Steyr bereitgestellt wird. Der Anteil der Stadt ist ohnedies nur 68.000 Schilling, wie soeben unser Finanzreferent mitgeteilt hat, da es unserem Bürgermeister gelungen ist bei Verhandlungen, von der Sparkasse Steyr S 200.000,- zu bekommen.

Meine Damen und Herren, über die Notwendigkeit wurden wir - da meine ich auch die Kollegen Zöchling, Holub und mich - bei der gestrigen Notfall-Club-Veranstaltung im Stadttheater Steyr überzeugt. Für das Rote Kreuz, für die notwendige Notfallmedizin und vor allem auch für die Aufklärung der Bevölkerung sowie für den gezielten Einsatz des Steyrer Notarztwagens sind nach meiner Meinung nach in Zukunft mehr finanzielle Mittel durch die Stadt Steyr bereitzustellen. Nahezu 12 Jahre lang kämpfte ich um einen Notarztwagen für die Stadt und der Umlandregion. In vielen Gemeinderatsitzungen brachte ich, wie Sie ja selbst wissen, dieses Thema auf die Tagesordnung. Weil eben Ideen und Vorschläge der Kommunisten prinzipiell von der Mehrheitspartei hier im Rathaus zunächst einmal abgelehnt oder auf die lange Bank geschoben werden, hat weder der gesamte Gemeinderat der Stadt Steyr, noch das Land Oberösterreich rechtzeitig in der notwendigen Weise, wie wir in den vielen Jahren gesehen haben, gehandelt. Wieviele Menschenleben man seit 1978 hätte retten können, wenn frühzeitig der Vorschlag

eines Notarztsystems realisiert worden wäre, läßt sich heute wohl kaum eruieren.

Im Rahmen der gestrigen Veranstaltung des Steyrer Notfallklubs im Stadttheater informierte auch der Präsident des öö. Roten Kreuzes Starzer, daß bereits in den nächsten Tagen über die einheitliche medizinische Ausrüstung und Ausstattung des Notarztwagens für Steyr auch für die Städte Wels und Ried entschieden wird. Damit wird für Steyr der Notarztwagen endlich Wirklichkeit. Dank für die Bemühungen um die Schaffung des Notarztwagens und auch die Ausarbeitung des notwendigen Steyrer Notarztsystems gehört vor allem Prof. Dr. Gunther Kleinberger vom Landeskrankenhaus. Damit gehört auch der Dank ausgesprochen dem verhältnismäßig jungen und neuen Landesrat Kollegen Fritz Hochmair sowie dem Fraktionssprecher der SPÖ im öö. Landtag, der ja bereits in seiner Budgetrede im Vorjahr den Notarztwagen für Steyr verlangt hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Thema? Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich darf an die Worte des Kollegen Tremel anschließen. Du hast gesagt, mehr finanzielle Mittel werden für das Rote Kreuz in den nächsten Jahren notwendig, das ist richtig. Mit der Installierung des Notarztwagens haben wir uns zugleich verpflichtet, einen Sanitärer zu bezahlen. Das heißt, das sind runde 300.000 Schilling, die uns zusätzlich jährlich ins Haus stehen werden.

Zusammenfassend darf ich sagen, wir haben heute den Beschluß über 467.000 Schilling für die Subvention, die wir aufgrund einer Verordnung des Landes zu bezahlen haben, das heißt S 12,- pro Kopf und Einwohner, muß jede Gemeinde für das Rote Kreuz ohnedies leisten. Zu diesen S 467.000,- kommen S 300.000,-, die wir freiwillig als Personalzuschuß schon bisher immer geleistet haben. Es kommen jetzt noch S 300.000,- in etwa für den zusätzlichen Sanitärer dazu. Zu den Fahrzeugen, die bisher angekauft wurden für das Rote Kreuz, hat auch die Gemeinde, die Stadt Steyr, einen großen Teil dazu beigetragen. Ich würde schon sagen, daß nicht nur die Stadt Steyr, sondern auch die Umlandgemeinden sich entsprechend zu beteiligen haben.

Das möchte ich abschließend noch zum Ausdruck bringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der zweite Antrag hängt ebenfalls mit dem Roten Kreuz zusammen, und zwar handelt es sich um die Jahressubvention für das Jahr 1989. Der Antrag lautet:

6) Ha-1874/88

Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt;
Jahressubvention 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 3. 1989 wird dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt für das Jahr 1989, entsprechend dem Öö. Rettungsgesetz der zu entrichtende Rettungsbeitrag in Höhe von S 467.304,- in Form einer Subvention gewährt.

Dieser Betrag ist in zwei gleichen Teilbeträgen zu S 233.652,-, zum einen Teil nach Beschlußfassung und zum anderen Teil am 1. 10. 1989, an den Landesverband Oberösterreich des Österr. Roten Kreuzes auszuzahlen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 467.300,- (vierhundertsebenundsechzigtausenddreihundert)
werden bei VSt 1/5300/757000.2 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen
Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Personalvertretung des Magistrates Steyr, und zwar um die Subvention zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben für 1989. Der Antrag lautet:

7) Präs-254/89

Personalvertretung des Magistrates Steyr; Subvention zur
Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 20. 4. 1989 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben eine Subvention für das Jahr 1989 im Ausmaß von
S 380.000,-- (dreihundertachtzigtausend)

gewährt.

Der Betrag wird bei der VSt 1/0940/757000.0 freigegeben und ist in zwei gleichen Raten, und zwar nach Beschlußfassung und am 16. 8. 1989 zur Auszahlung zu bringen, wobei zur Auszahlung der zweiten Rate von der Personalvertretung eine aktuelle Gebarungübersicht beizubringen ist.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Wortmeldungen? Keine. Gegen den Antrag? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Für die oö. Gemeindebediensteten gibt es ein Heim in Bad Aussee, wofür derzeit größere Umbaumaßnahmen in Gang sind, soll ein Zuschuß gewährt werden im Ausmaß von S 200.000,--. Der Antrag lautet:

8) Ha-3327/88

Verein "Ferienheim der Oö. Gemeinde-
bediensteten"; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 20. 4. 1989 wird dem Verein "Ferienheim der Oö. Gemeindebediensteten" zur Adaptierung und Führung des Heimes in Bad Aussee eine Subvention in der Höhe von S 200.000,--, zahlbar in zwei gleichen Jahresraten, wobei die erste Rate in der Höhe von S 100.000,- nach Beschlußfassung und die zweite Rate mit 2. 5. 1990 zur Anweisung gebracht wird.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 100.000,-- (einhunderttausend)

bei der VSt 1/0940/777000.6 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Werden dazu Wortmeldungen gewünscht? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr 1988. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

9) Buch-7100/88

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inkl. Nachtragsvoranschlag) 1988 von insgesamt S 6,115.700,09 werden genehmigt. (BEILAGE)

Eine genaue Auflistung dieser Ausgabenkredite liegt Ihnen ja vor.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Eichhübl hat sich gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
So wie jedes Jahr etwa um die gleiche Zeit liegt auch diesmal ein Antrag mit dem Titel "Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite" vor, der diesmal das Jahr 1988 betrifft. So wie beim Nachtragsvoranschlag als auch dann beim Rechnungsabschluß geht es um jährlich wiederkehrende Mehrausgaben entgegen dem beschlossenen Budget des betreffenden Rechnungsjahres. Einen endgültigen Überblick und Beurteilung ermöglicht allerdings erst der Rechnungsabschluß. Daher habe ich die Möglichkeit, mich in meinen Ausführungen relativ kurz zu halten. Geändert, meine Damen und Herren, hat sich die Summe der Überschreitungen verglichen mit dem Vorjahr. Waren es 1986 12,520.000 Schilling und 1987 7,434.000,- Schilling, sind es 1988 6,115.700 Schilling. Diese sinkende Summe der Überschreitungen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Gesamtschuldenstand unserer Stadt durch ständige Neuverschuldungen von z. B. 57,235.000 für das Jahr 1989 ständig ansteigt.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, 552,800.000 Schilling Darlehensaufnahmen laut Voranschlag 1989 bedeuten eine Pro-Kopf-Verschuldung von 14.170,- Schilling und bedeuten weiter eine jährliche Tilgungsrate von 28 Millionen sowie eine jährlich ansteigende Zinsenlast von von derzeit 36 Millionen Schilling. Also 64 Millionen Schilling alleine für den Schuldendienst, das haben wir ja bereits bei der Budgetdebatte des Vorjahres zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen. So gesehen wären so manche Mehrausgaben im Jahre 1988 zu viel und auch vermeidbar gewesen. Gerade auch bei jenen Ausgabenpositionen, deren Höhe uns unter anderem veranlaßt hat, das Budget 1988 abzulehnen, wie Gemeinderat, Repräsentation, Pensionen und sonstige hohe Bezüge, die ja die Stadtratspensionen beinhalten, sind Überschreitungen feststellbar. Natürlich schlagen sich vor allem auch die Mehrausgaben in mehreren sozialen Bereichen, die Mehrausgaben für die Straßenreinigung von S 960.000,-, die Mehrausgaben für Müllbeseitigung von S 491.000,-, die Erneuerungsarbeiten in der Fußgeherzone Enge Gasse, um nur einige größere Mehrausgaben zu nennen, entsprechend nieder.
Abschließend darf ich daher festhalten, daß wir durchaus Verständnis für nicht vorhersehbare Ausgaben in mehreren Bereichen haben, jedoch die eingangs zitierten Ausgaben, so wie wir das bereits beim Budget 1988 zum Ausdruck gebracht

haben, ablehnen. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sowie der nicht vorhandenen Möglichkeit, über vorliegende Mehrausgabenpositionen im einzelnen abzustimmen, kann ich dem vorliegenden Antrag seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann mich ganz kurz fassen. Kollege Eichhübl, Du hast bestätigt, daß die Ausgabenüberschreitungen wesentlich abgesunken sind gegenüber den letzten Jahren, sie haben sich halbiert innerhalb kurzer Zeit. Das, glaube ich, ist doch irgendwie erfreulich. Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (FPÖ) und einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen. Damit ist der Antrag beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Beim nächsten Antrag geht es um den Wasserverband "Steyr-Kruglwehr". Eine Gründungsversammlung wurde durchgeführt, es wurden Verbandssatzungen festgelegt und es geht um die Genehmigung dieser Satzungen. Der Antrag lautet:

10) Wa-6780/88

Wasserverband "Steyr-Kruglwehr"; Gründungsversammlung - Verbandssatzungen; Genehmigung der Satzungen und des Kostenteilungsschlüssels; Vergabe des Planungsauftrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 4. 1988 wird dem Beitritt der Stadt Steyr zum Wasserverband "Steyr-Kruglwehr" zugestimmt sowie die Genehmigung zum Entwurf der Verbandssatzungen erteilt.

Gleichzeitig wird der Auftrag zur Erstellung eines Detailprojektes an Herrn Dipl. Ing. Werner Warnecke, Linz, zum Preise von S 222.000,- inkl. MWSt. übertragen. Die Freigabe der erforderlichen Mittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft den Bauabschnitt 01, Haftung für Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Der Antrag lautet:

11) Wa-5450/75

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 01 - Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. II vom 18. April 1989 wird der Übernahme

der Haftung für die vom Wasserwirtschaftsfonds zur Finanzierung des Bauabschnittes 01 dem Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt S 56,941.000,- (S 958.000,- für Ortskanäle mit unterdurchschnittlicher Anschlußdicke und S 55,941.000,- für Transportleitungen) vorbehaltlich der gemäß § 71 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr hierfür erforderlichen Genehmigung durch die Oö. Landesregierung zugestimmt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Förderung des Bauabschnittes 07 in Form eines Investitionsdarlehens durch das Land Oberösterreich.

12) Ha-2388/76

Förderung des Bauabschnittes 07 in Form eines Investitionsdarlehens durch das Land Oberösterreich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 6. 3. 1989 wird der Aufnahme des auf die Stadt Steyr fallenden Investitionsdarlehensanteiles eines dem RHV für die Errichtung des Bauabschnittes 07 gewährten Landesdarlehens in Höhe von S 7,120.386,- zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Auch beim letzten Antrag geht es um den Abwasserverband, und zwar um den BA 06 der Stadt Steyr, um die Zustimmung zum Finanzierungsplan - Ergänzung des GR-Beschlusses vom 20. 10. 1988. Er lautet:

13) Ha-3136/74

ABA BA 06 der Stadt Steyr; Zustimmung zum Finanzierungsplan; Ergänzung zum Gemeinderatsbeschluß vom 20. 10. 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. Februar 1989 wird dem unten angeführten Finanzierungsplan für das Bauvorhaben Abwasserbeseitigungsanlage BA 06 nachträglich zugestimmt.

Der Finanzierungsplan lautet wie folgt:

Nicht rückzahlbares Kapital, also Eigenmittel	S 750.000,-
Anschlußgebühren	S 3,000.000,--
Rückzahlbares Kapital, und zwar Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	S 24,750.000,--
Darlehensaufnahme bei der Volkskreditbank	S 16,500.000,--
Insgesamt eine Aufwendung von	S 45,000.000,--
	=====

Ich bitte Sie, diesem Finanzierungsplan Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für die Berichte. Kollegin Ehrenhuber ist die Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, bei meinem Antrag geht es um den Abschluß eines Dauerliefervertrages mit der Firma Wozabal Linz. Wie bekannt, haben wir seit Ende Oktober 1987 in der Pflegeabteilung das Rentex-Programm probeweise laufen. Die Erfahrungswerte sind durchaus positiv und wir würden nunmehr den Abschluß eines Dauerliefervertrages vorschlagen. Der Antrag lautet:

14) SH-570/89

ZAH; Rentex-Inkontinenz-Verfahren, Abschluß eines
eines Dauerliefervertrages mit der Firma Wozabal, Linz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 2. 3. 1989 wird betreffend die Einführung des Rentex-Inkontinenz-Verfahrens im ZAH

1) dem Abschluß eines Dauerlieferungsvertrages nach Maßgabe des beigeschlossenen Vertragsentwurfes mit der Firma Karl Wozabal, Großwäscherei und chem. Reinigung, 4040 Linz, Freistädter Straße 230, etabliert und

2) dem Ankauf von 6 Wäsche- und 5 Safetex-Sammelwagen von der obgenannten Firma zum Anbotpreis von insgesamt S 71.501,43 exkl. MWSt. zugestimmt.

Zu 1) sind die erforderlichen Ausgaben nach Maßgabe der bereits vorgesehenen Kredite im laufenden Haushalt zu bedecken;

zu 2) wird bei der VSt 5/4200/043000.0 eine Kreditüberschreitung im Betrage von S 71.500,- bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme eines Darlehens zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Einstimmig beschlossen. Meine Damen und Herren, Kollege Sablik ist der nächste Berichterstatter. Ich bitte um Verständnis, Ihr werdet schon bemerkt haben, daß ich ziemlich verkühlt bin, Kollege Wippersberger wird den Vorsitz weiterführen.

Bürgermeister Heinrich Schwarz verläßt um 15.30 Uhr die Sitzung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich lege Ihnen heute fünf Anträge vor und ersuche schon vorweg um die Zustimmung.

Der erste Antrag betrifft die Gehsteigverbreiterung an der Westseite des Stadtplatzes. Sie haben heute schon den Vortrag darüber gehört.

15) Bau3-1163/88

Gehsteigverbreiterung an der Westseite des Stadtplatzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. 4. 1989 wird der Auftrag zur Gehsteigverbreiterung an der Westseite des Stadtplatzes an die Fa. Asphalt & Beton, Steyr, zum Preise von S 2.187.579,84 inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2.000.000,-- (zwei Millionen)

bei der VSt 5/6120/002710.1 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 188.000,-- (einhundertachtundachtzigtausend)

bei der gleichen Voranschlagstelle bewilligt. Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenteilige Auffassungen? Keine. Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag betrifft das Asphaltierungsprogramm 1989.

16) Bau3-6340/88

Asphaltierungsprogramm 1989

inkl. Ausbau der Marienstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 3. 1989 wird der Auftrag zur Durchführung des Asphaltierungsprogrammes 1989 inkl. dem Ausbau der Marienstraße nach Maßgabe der im zitierten Amtsbericht näher enthaltenen Darstellungen an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH, Steyr, zum Preis von S 3.092.025,37 inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 2.500.000,-- (zwei Millionen fünfhunderttausend)

bei VSt 5/6120/002000.7 und ein Betrag von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei VSt 5/6120/002780.4 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 92.000,-- (zweiundneunzigtausend)

bei der VSt 5/6120/002780.4 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ganz im Gegensatz zu dem, was im Ammtsbericht als Begründung steht, nämlich eine Verbesserung der ganzen Verkehrssituation in Steyr mit einem Asphaltierungsprogramm durchzuführen, bin ich der Meinung, daß vergleichsweise schlechte Straßen mit Spurrillen und Löchern ein recht guter Beitrag dazu sind, daß in der Stadt Steyr nicht so schnell gefahren wird. Unsere Verkehrssituation zeichnet sich ja dadurch aus, daß ständig Geschwindigkeitsüberschreitungen, bedingt auch durch die technische Verbesserung bei den Kraftfahrzeugen, gemessen werden. Unser Einkommen bei den Radarstrafen ist im ständigen Steigen begriffen, aber auch die Gefährdungssituationen und die Unfälle sind nach wie vor im Zunehmen. Außerdem war ich immer der Meinung, man sollte irgendwo sparen bei gewissen Ausgaben und habe damals bei der Budgetrede

dezidiert dieses Asphaltierungsprogramm herangenommen. Ich bin also der Meinung, daß man das Asphaltierungsprogramm heuer möglichst ausfallen lassen soll und sich das nächste Jahr wieder überlegen soll. Ich werde diesem Programm und dieser Ausgabe nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Meinung dazu? Das ist nicht der Fall.

Ich möchte nur feststellen, daß die Stadt Steyr aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung verpflichtet ist, die Straßen instand zu halten. Und wenn Sie sagen, Geschwindigkeitsbeschränkung und Unfallgefährdung, so sage ich, auch eine schlechte Straße kann schuld sein an einem Unfall. Auch das möchte ich erwähnen.

Wünscht Kollege Sablik ein Schlußwort?

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ganz kurz darf ich sagen, aufgrund der geäußerten Wünsche der Gemeinderäte, wobei es nur um die Instandhaltung der Straßen geht und um keine Neubauten, hätten wir ungefähr 6 Millionen Schilling für diesen Auftrag bereitstellen müssen. Er ist sowieso zusammengestrichen worden auf das unbedingt Notwendige. Für den Ausgleich der Spurrillen gibt es eine eigene Methode, nämlich von der Firma Microplan-AG, die mit einem kunststoffgebundenen Asphalt diese Rillen billig ausfüllt. Z. B. hat die Pachergasse S 32.000 gekostet voriges Jahr und hält heute noch. Wenn ich sage heute noch, dann ist das ein Lob für diese Vorgangsweise, für diese Firma, die das erfunden hat. Die Autobusse, die dort täglich fahren in 10-Minuten-Abständen üben ja eine unheimliche Schubkarft in der Kurve aus und normalerweise dort schon wieder die berühmte Waschbrettbildung stattfinden müßte. Ich finde das ausgesprochen preiswert. Ich ersuche um Freigabe der Mittel.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wer für den Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu heben? Gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag betrifft:

17) ÖAG-2874/89

Städt. Wi-Hof

Ankauf eines Baggerladers.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom 27. 4. 1989 wird der Auftrag zur Lieferung eines Ford-Baggerladers, Modell 655 (Vorführgerät), an die Fa. Stambach, Wiener Neudorf, zum Preise von S 597.600,- inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 206.500,-- (zweihundertsechstausendfünfhundert)

bei VSt 5/8200/040000.9 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 391.100,-- (dreihunderteinundneunzigtausendeinhundert)

bei derselben Voranschlagstelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, daß vor etwa vier Jahren ein Traktor samt Ladegerät gekauft wurde. So ein Gerät hat man üblicherweise 6 - 10 Jahre. Nach diesen 4 Jahren wird er wieder verkauft und es wird ein Bagger angeschafft und da stellt sich doch die Frage, ob man da so sang- und klanglos die Geräte je nach Bedarf austauscht oder ob man das nicht ein bißchen ausführlicher begründet, was im Amtsbericht nicht der Fall gewesen ist, warum man glaubte vorher, mit einem Traktor das Auslangen zu finden und dann schon nach weniger als der Hälfte der üblichen Nutzungsdauer plötzlich ein neues Gerät anschaffen muß und das ist bei einer halben Million Anschaffungskosten, glaube ich, schon mehr der Diskussion wert, als das, was im Amtsbericht drinnen steht.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Sablik zum Schlußwort bitte.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Nur ganz kurz dazu, das dürfte ein Lesefehler sein, denn das Gerät ist älter und war ein Ackertraktor, der auch eine Furche, eine Regenrinne, einen Straßen-graben ausschürfen konnte. Also nicht baggern, sondern schürfen und der war nicht in der Lage, daß er das Material, das er herausbaggert, auch sofort ver-laden kann. Das ist aber im Stadtgebiet sehr notwendig, denn wir können nicht einen Dreckhaufen machen und dann einmal in aller Ruhe einen Lkw kommen las-sen und dann wieder aufladen. Das ist ja alles mit Verkehrsstörungen verbun-den. Weiters hat sich in der Zwischenzeit gezeigt, daß die Reparaturen in Steyr hauptsächlich durch das Auflassen der Salzstreuung entstehen, denn es kommt im-mer mehr zur Verstopfung der Kanäle. Der zerfahrene Split bindet sich wieder in den Abwässern und wird fast so hart wie Beton und schließt die Kanäle. Das heißt, der städtische Wirtschaftshof muß hauptsächlich festgefügte Straßenkör-per aufreißen, wo es einer gewissen Reißkraft bedarf. Dieser Traktor, der zu-fällig dieses kleine Gerät gehabt hat, kann höchstens 1,5 Tonnen reißen, wäh-rend zum Aufreißen von festgefügtten Straßen, wie wir sie im Stadtgebiet kennen, eine Reißkraft von 5 Tonnen benötigt wird. Das heißt, den hebt es hinten und vorne auf und er tut gar nichts wie rütteln. Die Baufirma, von denen bisher diese Baggerlader angemietet wurden, haben keine Freude, wenn sie genau um sa-gen wir z. B. um 9 Uhr vormittag eine Stunde einen Baggerlader mit einem Fah-er von ihrer Baustelle abziehen und bei uns einsetzen sollen. Die haben 1.000 Ausreden und dadurch wird die Ausführung von solchen Baustellen verzögert, die ja in den Augen der Baufirmen nur Kleinstbaustellen sind. Ich rede gar nicht von Wasserrohrbrüchen an Sonntagen und dergleichen. Daher ist es notwendig, im Zuge unserer neuen Aufgabenstellung seit einigen Jahren, daß wir auch das notwendige Material, sprich Geräte, haben. Wir bekommen beim Abverkauf dieses Gerätes ca. S 300.000,- herein, so daß der Gesamtbetrag für die Anschaffung wesentlich weniger ist. Außerdem ist das angekaufte Gerät ein Vorführgerät mit 800 Betriebsstunden, also im Sinne einer Baufirma relativ neu und für un-sere Zwecke ausreichend. Das möchte ich als Begründung anführen, außerdem kann er im Winter nach Abbau dieses Ladegerätes jederzeit als Schneepflug eingesetzt werden. Wir können ihn auch zum Laden benutzen. Es ist also keine Fehlinvesti-tion, die nur im Sommer in Verwendung steht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, daß dieser Antrag sehr wohl vom Wirtschaftshof überlegt worden ist. Ich bitte Sie, dem Antrag die Zustimmung zu geben. Wer ist mit diesem Antrag einverstanden? Gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag betrifft den städtischen Verkehrsbetrieb, die Regelung der Freifahrt für Invalide ab 1. 6. 1989. Ich möchte vorausschicken, daß dieser Antrag zuerst im Seniorenrat zur Begutachtung vorgelegt wurde, dann im Wohlfahrtsausschuß eingehend behandelt wurde.

Der Antrag lautet:

18) ÖAG-6868/86

Stadtwerke

Städt. Verkehrsbetrieb; Regelung der Freifahrt für Invalide ab 1. 6. 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 11. 4. 1989 haben Personen,

- a) deren ordentlicher Wohnsitz im Bereich der Stadt Steyr liegt,
- b) deren Einkünfte den zweifachen jeweils geltenden Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende nach ASVG nicht überschreiten,
- c) die dauernd stark gehbehindert sind,
- d) bei nicht Selbsterhaltungsfähigen bleibt das Einkommen der Unterhaltspflichtigen außer Betracht.

Anspruch auf kostenlose Benützung der Autobusse der städtischen Verkehrsbetriebe im Ortslinienverkehr. Als stark gehbehindert gelten Personen, die zufolge ihres Gebrechens oder Krankheit sich auch auf kurzen Strecken nur mit außerordentlicher Anstrengung fortbewegen können.

Zuständig für die organisatorische Abwicklung sind die Stadtwerke Steyr. Die Feststellung der Gehbehinderung hat durch den Amtsarzt zu erfolgen. Dieser Beschluß tritt mit 1. 6. 1989 in Kraft. Sämtliche bisher erteilten Berechtigungen bleiben von vorstehender Regelung unberührt.

Ich darf nur ganz kurz einflechten, daß bereits 2.014 solcher Freifahrtsausweise ausgestellt wurden und daß nach Schätzungen der Verkehrsbetriebe ungefähr 8.000 bis 9.000 Personen die Verkehrslinien frequentieren. Wir wissen nicht, wie viele Freifahrtsscheine derzeit noch im Einsatz sind und daß nach Schätzungen der Verkehrsbetriebe ca. 1.000 Personen damit fahren.

Sie haben meinen Bericht gehört und ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Dem vorliegenden Antrag auf Neuregelung der Freifahrten für Invalide werden wir von der ÖVP-Fraktion, nachdem der Punkt über die Heranziehung der Einkünfte der Unterhaltspflichtigen bei nicht Selbsterhaltungsfähigen über Anregung von Kollegen Holub abgeändert worden ist, die Zustimmung geben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber wiederum, wertee Präsidium, wertee Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, auf den Verkehrsverbund hinweisen. Anlässlich der Budgetsitzung des vergangenen Jahres habe ich ja die Frage gestellt, wie schaut es aus mit dem Verkehrsverbund? Das von mir vorgebrachte Beispiel mit den Dornacher Mitbürgern ist leider noch weiter aufrecht, das heißt, wenn jemand das öffentliche Verkehrsmittel Bus benützt und in das Krankenhaus

will, so zahlt er mit 2 Kindern hin und zurück immerhin S 164,-. Auch in der GR-Sitzung im November 1985 wurde über den Verkehrsverbund eingehend diskutiert und damals hat Kollege Stadtrat Pimsl richtigerweise gesagt, daß bei Inanspruchnahme eines öffentlichen Verkehrsmittels eben der Nachteil besteht, daß mit dem Ankommen am Bahnhof eine zusätzliche Fahrt notwendig ist, um in die Innenstadt oder auf den Arbeitsplatz zu gelangen. Das heißt, zusätzliche finanzielle Aufwendungen einerseits und andererseits eine Umweltbelastung, die zum Teil schon unzumutbar wird. Ich darf nur erinnern an die Zeit täglich zwischen 15 - 16 Uhr. Allein der Beitritt zum Verkehrsverbund Linz würde aber zu wenig sein, da natürlich auch die Pendlerbewegungen berücksichtigt werden müssen und Steyr ja ein Pendlerschwerpunkt ist. Ich darf Sie erinnern an die Gesamtzahl der Personen im Alter von über 15 Jahren, die nach Steyr zu ihrem Arbeitsplatz und in die Schule pendeln, beträgt immerhin runde 14.000. Kontaktaufnahme mit dem Verkehrsverbund Linz und Verhandlungsziel eigener Verkehrsverbund war dann der einhellige Tenor, der einhellige Standpunkt aller Fraktionen. Bürgermeister Schwarz hat ja damals auch Verhandlungen zugesagt. Mittlerweile sind aber 4 Jahre vergangen und ich hoffe, daß diese Verhandlungen nun bald positiv zu einem Abschluß kommen. In Linz hat es auch, wie damals Kollege Stadtrat Pimsl ausgeführt hat, etwa 4 Jahre gedauert. Werte Kolleginnen und Kollegen, abschließend die Bitte an den zuständigen Referenten - damit meine ich den Gemeinderat - uns das endgültige Verhandlungsergebnis vorzulegen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Es geht ja in diesem Antrag um die Neuregelung bei den Behinderten, für Invalide. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich kann momentan von hier aus nicht sagen, was sich derzeit in dieser Sache tut. Es betrifft die Leute, die von auswärts in die Stadt kommen und sich vom Bahnhof aus weiterbewegen. Es handelt sich also um Leute, die nicht in Steyr ansässig sind. Es müßte also das Land selber aktiv werden in dieser Richtung, denn für Steyrer Bürger ist das weniger interessant wie für Auswärtige. Es betrifft zu mehr als 90 Prozent die Auswärtigen bzw. nicht Steyrer Bürger. Ich kann momentan nicht sagen, wie weit das gediehen ist, da bin ich überfragt. Kollege Sablik bitte.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich bin jedenfalls nicht Referent für den Verkehrsverbund, daher kann ich dazu keine Aussagen machen. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich frage, ob es eine gegenteilige Auffassung gibt? Nicht der Fall. Gibt es eine Enthaltung? Ebenfalls keine. Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Mein letzter Antrag betrifft eine Subventionierung für den Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege", die zur Beschäftigung von hauptberuflichen Mitarbeitern benötigt wird. Der Antrag lautet:

19) Ha-940/89

Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege";
Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 21. 3. 1989 wird dem Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege eine einmalige, außerordentliche,

nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 200.000,- für das Rechnungsjahr 1989 gewährt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 70.000,-- (siebzigtausend)

bei VSt 1/4249/757000.1 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 130.000,-- (einhundertdreißigtausend)

bei der gleichen Voranschlagstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung für die Subvention und die Höhe der Auszahlung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wird eine Wortmeldung dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichterstattung. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Für die Aufschließung der Gewerbegründe Ennser Straße, Teil 2, ergeht nachstehender Auftrag:

20) Bau6-3859/86

Aufschließung der Gewerbegründe ennser Straße -

Teil 2; Kanalbau - Erweiterung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 22. 2. 1989 wird im Zusammenhang mit der Aufschließung der Gewerbegründe Enner Straße - Teil 2 der Auftrag zur Durchführung der Kanalbauarbeiten an die Fa. Asphalt und Beton, Steyr, zum Preise von S 648.480,- exkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 650.000,-- (sechshundertfünfzigtausend)

bei der VSt 5/8110/050510.5 bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Gegenstimmen?

Enthaltungen? Nicht der Fall, so beschlossen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seinen Beitrag und bitte nun Kollegen Steinmaßl zu Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine werten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute 6 Anträge des Stadtsenates vorzutragen.

Der erste Antrag lautet:

21) ÖAG-1485/89

Stadtwerke

Gas- und Wasserwerk; Jahresbedarf an
Sphärogußrohren und Formstücken.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 27. 2. 1989 wird zur Deckung des Jahresbedarfes an Sphärogußrohren und Formstücken für das Gas- und Wasserwerk der entsprechende Auftrag der Fa. VÖEST-Alpine Rohstoffhandels GesmbH Salzburg zum Gesamtpreis von S 3.410.587,- exkl. MWSt. übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich ersuche um die Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Möchte dazu jemand sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um

22) ÖAG-2243/88

Stadtwerke

Kanalbau Fischhub - Gas- und Wasser-
leitungsverlegungen; 2. Bauabschnitt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 21. 2. 1989 werden im Zusammenhang mit der Errichtung von Kanälen im Siedlungsgebiet Fischhub nachstehende Aufträge für die Neuverlegung der Trinkwasserversorgungsleitungen und Neuaufschließung für die Erdgasversorgung vergeben:

1. Tiefbauarbeiten:

a) ARGE Negrelli - Beer & Janischofsky, Steyr,
zum Preis von S 590.086,- exkl. MWSt.

b) Interne Verrechnung mit der Stadt Steyr
im Ausmaß von S 346.256,- exkl. MWSt.

2. Ankauf der Rohrmaterialien für die Trinkwasserversorgungsstänge:
Fa. Kontinentale, Wels, zum Preise von S 289.232,- exkl. MWSt.

3. Rohrtransport:

Städt. Wirtschaftshof zum Preise von S 10.000,--

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Beim nächsten Antrag geht es um

23) ÖAG-3439/88

Stadtwerke

Kanalbau Schlüsselhof; Sanierung des Trinkwasserverteilungsnetzes und Neu-
verlegung von Niederdruckgasleitungen; Bauabschnitt 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 20. 3. 1989 werden im Zusammenhang mit der Sanierung des Trinkwasserverteilungsnetzes und der Neuverlegung von Niederdruckgasleitungen in der Schlüsselhofsiedlung nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten für die Gas- und Wasserleitungsverlegungen:
Fa. Lumetsberger KG, Perg, zum Preise von S 275.400,- exkl. MWSt.
Verrechnung mit der MA III zum Preise von S 229.250,- "
2. Ankauf der Rohrmaterialien für die Trinkwasserversorgungsstränge:
Fa. Kontinentale, Wels, zum Preise von S 142.800,- "
3. Rohrtransport Sphärogußrohre:
Städt. Wirtschaftshof zum Preis von ca. S 10.000,- "

Die für die Verlegung der Erdgasversorgungsstränge notwendigen Rohre und Formstücke zum Gesamtpreis von S 546.700,- exkl. MWSt. sind aus dem bei den Stadtwerken bestehenden Rohrlager zu entnehmen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Keine gegenteilige Meinung und keine Stimmenthaltung, daher so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der nächste Antrag betrifft:

24) ÖAG-2753/89

Stadtwerke

Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges und
einer Erdgashochdruckleitung in der Infangstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 18. 4. 1989 werden im Zusammenhang mit der Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges und einer Erdgashochdruckleitung in der Infangstraße nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten:
Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 633.846,- exkl. MWSt.
2. Lieferung der Rohrmaterialien, Armaturen und Formstücke für den Trinkwasserversorgungsstrang:
Fa. Kontinentale GesmbH, Wels, zum Preise von S 444.210,- exkl. MWSt.
3. Dichtheitsprüfung und Druckprobe:
TÜV, Außenstelle Linz, zum Preise von ca. S 10.000,- exkl. MWSt.
4. Rohrtransport:
Städt. Wi-Hof zum Preise von ca. S 2.000,- exkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich bitte um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldungen dazu? keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen?
Der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein vorletzter Antrag lautet:

25) ÖAG-1213/89

Stadtwerke

Städt. Gaswerk - Lieferung von Erdgas an die von der Österr. Fernwärmege-
sellschaft betriebene Wärmezentrale des Landeskrankenhauses Steyr;
Erdgasliefervertrag; Herstellung der Anschlußleitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 18. 4. 1989 werden
im Zusammenhang mit der Verlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges in der
Gleinker Hauptstraße nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten:

Fa. R. Prameshuber, Steyr, zum Preis von S 396.572,- exkl. MWSt.

2. Ankauf von PVC-Rohren, Absperrorganen und Ar-
maturen:

Fa. Kontinentale, Wels, zum Preis von ca. S 103.400,- exkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Auch hier bitte ich um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht?
Das ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Meinung oder eine Stimment-
haltung? Nicht, daher so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Lieferung von Erdgas an die von der
Österr. Fernwärmegeellschaft betriebene Wärmezentrale des Landeskrankenhauses
Steyr. Hiezu ergeht folgender Antrag:

26) ÖAG-1213/89

Stadtwerke

Städt. Gaswerk - Lieferung von Erdgas an die von der Österr. Fernwärmege-
sellschaft betriebene Wärmezentrale des Landeskrankenhauses Steyr;
Erdgasliefervertrag; Herstellung der Anschlußleitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 10. 4. 1989 wird
dem Abschluß eines Gaslieferübereinkommens zwischen den Stadtwerken Steyr und
der Österr. Fernwärmegeellschaft zum Zwecke der Versorgung des Landesranken-
hauses Steyr mit Erdgas zugestimmt.

Unter einem werden im Zusammenhang mit der Herstellung der Anschlußleitungen
nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten:

Fa. Negrelli GesmbH, Steyr, zum Preis von S 697.841,- exkl. MWSt.

2. Installationsarbeiten mit Lieferung der Regel-, Absperr- und Steuerorgane
sowie Stahlblechschrank:

Fa. Integral Montage-GesmbH, Wels, zum Preis von S 597.785,- exkl. MWSt.

3. Dichtheits- und Funktionsprüfung gem. Druckbehälterverordnung:
TÜV, Außenstelle Linz, zum Preis von ca. S 9.000,- exkl. MWSt.

4. Rohrtransport:

Städt. Wirtschaftshof zum Preis von ca. S 8.000,- exkl. MWSt.

Die erforderlichen Rohre, Form- und Verbindungsstücke sowie Überschubrohre zum
Gesamtpreis von S 455.000,- exkl. MWSt. sind aus dem bei den Stadtwerken beste-
henden Rohrlager zu entnehmen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bevor ich auf die einzelnen Anträge meines Ressorts eingehe, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen danke für den Ankauf des Ambulanzfahrzeuges. Kollege Tremml hat zwar zum Notarztwagen gesprochen, es ist aber ein Unterschied zwischen dem Ambulanzwagen und dem Notarztwagen. Ich möchte erwähnen, daß auch dieser Wagen dazu beiträgt, daß wir die Sicherheit der 8 hauptberuflichen Notarztsanitäter gesichert haben. Durch den Ambulanzwagen ist es uns möglich, nur mit einem Sanitäter bei verschiedenen Ausfahrten auszukommen oder eine Heimholung vom Krankenhaus zu tätigen. Wir ersparen uns daher einen Sanitäter. Ich danke daher sehr herzlich, daß das genehmigt wurde. Wir haben hier in Oberösterreich das erste Ambulanzfahrzeug, in Niederösterreich fahren sie ja schon zur Gänze. Das gleiche gilt auch für Tirol.

Zum Notarztwagen möchte ich Ihnen sagen, daß der Wagen ab Herbst wahrscheinlich im Einsatz ist, aber wir alle müssen noch dazu beitragen, wenn er einen Sinn haben soll, daß wir in die Bevölkerung hineingehen mit Vorträgen. Prof. Dr. Kleinberger hat uns zugesagt, er würde in den einzelnen Stadtteilen Vorträge halten, denn bei einem Herzinfarkt sind die ersten Sekunden und Minuten entscheidend und eine Fehlbehandlung in diesem Zeitraum würde auch der Notarztwagen wahrscheinlich kaum mehr gutmachen können. Über diese Minuten bzw. Sekunden vorher müßte in jeder Familie jemand Bescheid wissen, damit da schon die Voraussetzung für die günstigste Einsetzung des Notarztwagens gewährleistet ist. Ich würde Sie daher bitten, wenn das Rote Kreuz aufruft und einladet zu solchen Vorträgen in den einzelnen Stadtteilen, daß wir das der Bevölkerung sagen, wie notwendig das sein kann. Heute bei der einen Familie, morgen bei einer anderen.

Wir werden auch in der Gemeindezeitung das veröffentlichen und vor allen Dingen Sie in die einzelnen Stadtteile dazu einladen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir werden Deinen Aufruf, Deinen Appell beherzigen, Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Darf ich zu meinen Akten kommen. Mit Heinz Stadler wurde ein Kaufvertrag abgeschlossen für einen Grundkauf in Gleink. Herr Stadler ist jetzt zurückgetreten und es ergeht daher folgender Antrag:

27) Bau2-5800/81

Kaufvertrag mit Heinz Stadler, EZ 498,
KG Gleink; Stornierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Stornierung des zwischen der Stadt und Herrn Stadler am 14. 11. 1985 abgeschlossenen Kaufvertrages über die EZ 498, KG Gleink, wird zugestimmt und zur Bereinigung des Wiederkaufes eine Kreditüberschreitung von S 401.100,- bei VA-Stelle 5/8400/722000.0 und eine weitere Kreditüberschreitung von S 44.428,- bei VA-Stelle 1/6120/722000.5 bewilligt. Die Deckung derselben erfolgt durch Darlehensaufnahme bzw. Mehreinnahmen aus dem ordentlichen Haushalt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ist jemand gegenteiliger Auffassung? Enthält sich jemand der Stimme? Beides nicht, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag betrifft:

28) FW-330/89

Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die
Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 4. 4. 1989 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr nachstehende Aufträge vergeben:

1. Lieferung eines TLF-Fahrgestells:

Fa. Schmid, Steyr, zum Preis von

S 1,098.000,- inkl.MWSt.

2. Lieferung des feuerwehrtechnischen Aufbaues und
der Ausrüstung:

Fa. Rosenbauer, Leonding, zum Preis von

S 1,806.746,80 inkl.MWSt.

Zur Bezahlung des im heurigen Rechnungsjahr vorgesehenen Teilbetrages in Höhe von S 1,500.000,- wird der Betrag von

S 1,500.000,- (eine Million fünfhunderttausend)

bei VSt 5/1630/040010.3 freigegeben.

Ich bitte um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF ZÖCHLING:

Um einen geordneten Ablauf der Arbeiten in der Stadtgärtnerei sowie bei der Betreuung der städtischen Sportanlagen zu gewährleisten, ist es unbedingt erforderlich, diverse Maschinen und Geräte anzukaufen. Bei den Maschinen und Geräten handelt es sich teilweise um Ersatzbeschaffungen, um Zusatzgeräte zum bestehenden Fuhrpark sowie um Neuankäufe.

Ich bitte Sie, nachstehenden Antrag zu genehmigen.

29) GHJ1-1878/89

Ankauf von Maschinen und Werkzeugen
für die Stadtgärtnerei und städt. Sportanlagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 20. 4. 1989 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf von Maschinen und Werkzeugen für die Stadtgärtnerei Steyr und städtischen Sportanlagen nachstehende Aufträge vergeben:

I. Sportanlage Rennbahn

1) Rasenmäher SABO-Profi mit Antrieb und Heckfangsack:

Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von S 18.034,45 exkl. MWSt.

2) Aufsattel-Spritzgerät samt Gestänge:

Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von S 37.943,64 exkl. MWSt.

3) Anhänge-Rasenlüfter Sembdner RL. 100:

Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von S 32.616,36 exkl. MWSt.

4) Eurogreen-Rasen-Perforator:

- Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von S 115.418,52 exkl. MWSt.
- 5) Agro-Rainmobile-Professional samt Zubehör:
Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von S 17.379,98 exkl. MWSt.
- 6) Wetrok Servomat 415 E:
Fa. Heiz-Bösch, Leonding, zum Preise von S 19.258,96 exkl. MWSt.
- II) Stadtgärtnerei
- 1) Profi Motormäher Agria 5500:
Fa. Agria, Wernstein, zum Preis von S 58.246,56 inkl. MWSt.
- 2) 2 Ransomes Rotationsmäher Rotary 36 " 4 T:
Fa. Pilat, Steyr, zum Preise von S 114.264,86 inkl. MWSt.
- 3) Kompressor Boss 7004 samt Zubehör:
Fa. Gründler, Steyr, zum Preis von S 25.348,68 inkl. MWSt.
- 5) Emco-Hobelmaschine samt Zubehör:
Fa. Gründler, Steyr, zum Preis von S 18.244,93 inkl. MWSt.
- 6) MAG Notstromaggregat:
MAG-Motoren-GesmbH, Salzburg, zum Preis von S 22.512,17 inkl. MWSt.
- 7) Dreiseitenkippanhänger samt Sonderausrüstung:
Fa. Wiesinger, Nußdorf, zum Preise von S 69.403,50 inkl. MWSt.
- Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 200.000,-- (zweihunderttausend)
- bei VSt 1/2621/02000.5,
S 36.700,-- (sechsenddreißigtausendsiebenhundert)
- bei VSt 1/2621/0403000.8,
S 172.500,-- (einhundertzweiundsiebzigttausendfünfhundert)
- bei VSt 1/8150/020000.9,
S 86.200,-- (sechsendachtzigtausendzweihundert)
- bei VSt 1/8150/030000.7 und
S 2.000,-- (zweitausend)
- bei VSt 1/8150/040000.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in der Höhe
von
S 4.000,-- (viertausend)
- bei VSt 1/2621/020000.5 und eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 67.500,-- (siebenundsechzigtausendfünfhundert)
- von der VSt 1/8150/020000.9 auf die VSt 1/8150/040000.5 bewilligt.
- Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel
und für die Kreditübertragung durch die VSt 1/8150/020000.9 zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Gegen-
teilige Meinungen oder Stimmenthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig
beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein letzter Antrag betrifft:

30) GHJ1-2135/89

Ankauf von Sesseln für den Stadtsaal Steyr.

Der Gemeinderat wollte beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 8. 5. 1989 wird der Auftrag zur Lie-
ferung von 750 Sesseln für den Stadtsaal Steyr an die Fa. Leiner, Steyr, zum
Preise von S 1.067.250,- exkl. MWSt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.067.200,- (eine Million siebenundsechzigtausendzweihundert)
werden bei der VSt 5/8940/043000.7 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Hat sich jemand dazu zu Wort gemeldet? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Stadtrat Zöchling für seine Berichterstattung.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt und kommen zur Aktuellen Stunde. Sozialistische Fraktion? Kein Beitrag. Österr. Volkspartei? Kein Beitrag. GAL? Bitte Kollege Pragerstorfer.

Beginn der Aktuellen Stunde: 16.05 Uhr

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihr Augenmerk auf eine Ihnen vielleicht etwas klein und unbedeutend vorkommende Angelegenheit im Wehrgraben lenken. Und zwar geht es darum, daß, wie es im Amtsbericht so schön heißt, als Ersatz für abgetragene Wellblechgaragen eine Möglichkeit gesucht wurde, Garagen an einem nicht einsehbaren Ort zu errichten. Diesen Ort hat man angeblich gefunden, man muß dazu ein 2.800 m² großes Grundstück kaufen - für 13 Garagen - um dort Fertiggaragen aufzustellen. Man muß dazu auch neben einigen Umwidmungen 680 m² dieses Grundstückes roden und hat, um eine Rodungsgenehmigung zu bekommen, eine Ersatzfläche in Gleink dafür zur Aufforstung zur Verfügung gestellt. Ich muß also bemerken, daß es wiederum gelungen ist, ein paar Bäume aus einem Stück Au - einem durch Vernachlässigung oder weil es eben nicht genau im öffentlichen Blickwinkel ist noch immer vorhandenen Stück Landschaft, Naturlandschaft - wegzuräumen. Die Leute, die im Wehrgraben ein Auto haben, dürfen dafür mit dem Auto nach Gleink fahren, wenn sie sich Bäume anschauen wollen. Es wäre sicher niemand, um die Wertverhältnisse einmal darzustellen, auf die Idee gekommen, die Garagen in Gleink zu bauen, damit man die Bäume im Wehrgraben stehen lassen kann. Das zeigt recht deutlich, daß der Wert des Autos um vieles höher ist, bei vielen in dieser Stadt und bei vielen, die Entscheidungen zu treffen haben, als der Wert von Grün. Das ist etwas, was mich wirklich ärgert und was ich nicht so ohne es hier darzustellen dahingenommen haben möchte, auch wenn es schon durch den Stadtsenat durch ist. Was mich auch ärgert, ist das, daß man das genau dann macht, wenn man wenige Tage später ein Stadtteilgespräch macht. Wenn man vorher versprochen hat, daß jetzt alles anders wird, es werden die Leute befragt in allen diesen Dingen. Anscheinend gehen die Interessen von 13 Autobesitzern, denen man eventuell auch etwas anderes zur Verfügung hätte stellen können, wesentlich über die Interessen der Leute, die Grün haben wollen in diesem Stadtteil. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß das in der Bevölkerung so un widersprochen vor sich gehen wird. Es ist halt wieder einmal so weit, daß man trotz aller Versprechungen und trotz aller Beteuerungen, dieses Sonderstück Wehrgraben, wo Stadtlandschaft und Naturlandschaft so stark ineinander übergeht, langsam, schleichend, Stück für Stück, wo es halt eine Möglichkeit gibt, mit Fertigbeton reduziert, um ihn noch einmal dorthin zu bringen, wo man vielleicht im Resthof jetzt schon ist, wo man dort möglicherweise - hoffentlich - wieder einmal weg möchte. Die Bürgerbeteiligung reduziert man halt auch auf die Dinge, die momentan gerade im Kreuzfeuer stehen, auf die Brücken und auf die Frauenstiege, weil da hat man sich rechtzeitig aufgeregt und der Rest wird halt einfach wieder so beschlossen. Ich verstehe auch nicht so ganz, warum muß man Garagen eigentlich verstecken? Natürlich, wenn man so häßliche Fertigbetonschachteln hinstellt, gibt es allen Grund, sie zu verstecken. Anscheinend sieht das auch das Amt so, daß man so etwas nicht gerne in die Öffentlichkeit stellt. Warum nimmt man nicht die Möglichkeit und sagt, wir haben ja Leute, die aus Steyr sind und in Linz an der Hochschule für Gestaltung tätig sind. Man sucht eine Möglichkeit, auch solche Dinge wie eine Garage so zu gestalten, daß man sich das im Stadtbild hinzustellen traut. Dann könnte man sie nicht irgendwo in eine Leiste hinten hineinschupfen, sondern man könnte sie zum Teil wieder dort hinstellen, wo man vorher Dinge hingestellt hat, die allen zu häßlich waren und man könnte eben diese Dinge machen. Wenn sie die Kosten annehmen, fast jedes

Mal, wenn ein Gestalter gerufen wird, ist die Aufgabe die, daß er etwas besser Aussehendes macht mit zumindest gleichen Kosten. Ich glaube, das wäre auch in diesem Fall zu machen, weil es ja nicht um eine oder um zwei Garagen geht, sondern da kommen in dem Bereich so 80 bis 100 Garagen im gesamten Wehrgraben zusammen, da wäre diese Aufgabe doch zielführend. Die könnte man dann auch besser verteilen und es würde auch eines erreicht werden, der Zug, der kommt, wenn die Leute, die die Garagen verloren haben, hauptsächlich in der Wehrgrabengasse und Fabrikstraße zuhause sind, die wollen natürlich mit dem Auto von der Wehrgrabengasse über den Gsangsteg auf die Fabriksinsel fahren und das Auto dort holen oder abstellen. Genau das, was wir nicht wollten beim Gsangsteg und was wir immer wieder verhindern wollten, passiert dort, daß ein doch gar nicht so harmloser Verkehr zustande kommen wird, weil Sie eben diesen Verkehr herausfordern, weil Sie niemals eine Alternative machen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Vor der Brücke kommt eine Absperrung.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Ich bin gespannt, ob Sie das schaffen gegen die Leute. Denn wenn es jemand schafft, daß 13 Leute die Stadt dazu bringen, daß sie ein öffentliches Gut aufkauft und Garagen hinbaut, dann schaffen sie auch, daß irgendwann einmal die Pfeiler wieder entfernt werden. Das möchte ich mir anschauen, ob das denen nicht gelingt.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Man hat denen auch vorher die Garagen weggenommen.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Das ist völlig richtig, es gibt aber bitte schön viele andere - ich gehöre auch dazu - die im Wehrgraben den ganzen Tag das Auto stehen haben, Sommer und Winter. Ich rege mich darüber nicht auf. Ich bin halt später gekommen und habe dort keine Garage mehr bekommen und ich baue auch keine hin, weil ich möchte das Stadtbild nicht wieder durch eine Fertiggarage mehr verschandeln. Es ist nicht irgend jemandem etwas weggenommen worden, sondern es ist eine gewisse Form von Gleichheit weggenommen worden. Es gibt einfach mehr Leute, die auf öffentlichem Grund einen Parkplatz haben und keine Garage. Diesen Ärger möchte ich hier deutlich ausgedrückt haben.

Gemeinderat Franz Steinparzer verläßt um 16.05 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bevor ich dem Fraktionssprecher das Wort erteile, darf ich feststellen, wir haben seinerzeit große Schwierigkeiten gehabt, diese häßlichen Wellblechgaragen, die sich im inneren Bereich des Wehrgrabens befunden haben, wegzubringen. Wir haben seinerzeit als Stadt das Versprechen abgegeben, daß wir versuchen werden, in absehbarer Zeit in diesem Stadtgebiet irgendwo Garagen unterzubringen. Dieses Versprechen wollen wir jetzt einlösen damit. Gerade diese 13 oder 14 Garagen, um die es jetzt geht in der Blumauergasse, die man dort ja normalerweise nicht sieht, wenn man sich nicht über das Geländer lehnt. Ihre Ausführungen sind schon sehr polemisch. Wenn Sie glauben, daß das günstig ist, wenn die Leute vom Wehrgraben nach Gleink zur Garage gehen sollen, die fühlen sich dann gepflanzt. Pflanzen soll man auch niemanden. Kollege Tatzreiter hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn Herr Gemeinderat Pragerstorfer sich sozusagen über die Garagen äußert, zeigt mir das ein Bild auf, dessen Unterschriften ich einmal erkennen konnte als von sehr weit geholt. Teils Mühlviertel, teils von anderen Teilen dieses Bundeslandes. Ich möchte mich gar nicht weiter äußern zu dem, was wir eigentlich versprochen haben. Das hat auch Vizebürgermeister Wippersberger ganz deutlich gesagt. Es ist ein Versprechen der Stadtgemeinde gegenüber den Garagenbesitzern bzw. Mietern die dort im Bereich der Wehrgrabengasse/Fabrikstraße ihre Garagen gehabt haben. Damals vor der Eröffnung des Museums mußten diese Garagen weichen. Zudem hat es damals eine heftige Diskussion gegeben und ich habe einige Male mit den Garagenbesitzern bzw. Mietern einige Auseinandersetzungen gehabt und ich habe damals von den anderen Fraktionen wenig verspürt, daß sie hier Schützenhilfe geleistet hätten. In diesem Zusammenhang muß ich auch noch feststellen, daß es dort unten fast einstimmig geheißen hat, jetzt sind wir endgültig verlassen. Ich habe nie festgestellt, daß die Grün-Alternative Partei seinerzeit uns beigestanden wäre in diesem Zusammenhang. Mit dem Versprechen, wir werden euch schon helfen, das ist ein bißchen zu wenig, sondern wir müssen wirklich etwas tun. Ich halte sehr viel davon, daß - wenn wir etwas versprechen - wir das auch halten.

Die Blumauergasse steht zur Diskussion und da möchte ich auch etwas sagen. Vielleicht schauen Sie sich das einmal ganz hinten um in dem Gerinne unter den Sträuchern. Eine ehemalige wilde Mülldeponie, von der alten Matratze bis zu den Ein-sätzen und ähnliches ist dort alles vorhanden. Das würde geräumt werden, das ist ein Versprechen seitens der Gemeinde. Dieses Gerinne wird auf jeden Fall wieder sauber gemacht. Das bedarf auch der Aufmerksamkeit der politischen Parteien. Wenn dort unten einige Stauden zum Wegfall kommen, ist das höchstens gut, denn das sind doch dürre Bäume, die sowieso geschnitten gehören und das wird doch hoffentlich keinen Sturm auslösen. Ich habe mit mehreren Anrainern dort unten gesprochen und gerade in der Gaswerk-gasse bzw. in der Direktionsstraße, mit älteren Bewohnern, die schon 30 oder 40 Jahre dort wohnen. Die haben mir ganz deutlich erklärt, wenn es nur die paar Anrainer sind, so sind wir froh, wenn die Autos von der Straße weg kommen. Da kommt nämlich noch etwas hinzu. Wir haben dort eine Kurzparkzone geschaffen für die Museumsbesucher und die Besucher des Wehrgrabens. Unsere Bewohner dort unten, wenn sie nach der Arbeit nach Hause kommen, können dort nicht parken, weil meistens noch Besucher dort stehen. Meistens müssen sie weiß Gott wohin fahren um zu parken und am späten Abend holen sie wahrscheinlich ihr Auto dann nicht mehr zurück. Sie müssen also am nächsten Tag wieder den gleichen Weg zum Auto gehen und haben jeden Tag die Verärgerung.

Ich bitte Sie, das zu bedenken. Ich halte daran fest und betreibe das mit aller Akribie, daß die Garagen dort so situiert werden. Ich will keine Kolonien von Garagen in Großformat, sondern wenn es geht, sollen sie eben so situiert werden, daß sie, falls notwendig, wieder abbaubar sind. Machen wir uns doch nichts vor, die Leute dort unten sind keine Millionäre und sie haben nur das Geld zur Verfügung für Garagen in möglichst billiger Art. Hier darf man sich nicht von Dingen leiten lassen, wenn man glaubt, den Leuten dort unten etwas aufzubürden, was sie finanziell nicht in der Lage sind, dann gehen wir den falschen Weg.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich war ursprünglich versucht und habe es auch persönlich getan, meiner Fraktion zu empfehlen, sich nicht zu Wort zu melden. Kollege Tatzreiter hat eine Stellungnahme abgegeben. Ich möchte auf das, was Sie, Kollege Pragerstorfer, gesagt haben, an sich gar nichts darauf sagen, weil ich weder glaube, daß der Winkel,

in dem die Garagen errichtet werden sollen, so bedeutsam ist noch der Vorgang selbst die grundsätzliche Einstellung zu einem Gestaltungsbeirat in Frage stellt. Dazu kein Wort. Die Stellungnahme des Kollegen Tatzreiter wäre ein klein wenig ergänzungsbedürftig und zwar in der Richtung, wenn Du gesagt hast, einer der Gründe für die Garagen wären die Kurzparkzonen, die dort für die Zeit der Ausstellung errichtet wurden, so ist das ein bißchen ein Krampf, wenn ich es ehrlich sagen darf. Wenn nämlich Kurzparkzonen heute nicht mehr notwendig sind, weil der Ausstellungsbesuch nicht mehr so groß ist wie in der Zeit der Landesausstellung, so wäre es wahrscheinlich einfacher, die Verordnung der Kurzparkzone zu beheben, als Garagen zu errichten. Darüber sollten wir auch nachdenken, ob das noch notwendig ist. Aber ich glaube, um die Garagenerrichtung in der Blumauergasse da jetzt die grundsätzliche Einstellung zur Gestaltung in der Stadt in Frage zu stellen, ist so weit an den Haaren herbeigeht, daß man die Absicht erkennt. Ich wäre so dankbar gewesen, Kollege Pragerstorfer, wenn Sie die Gelegenheit verwendet hätten, nach einem grundlegenden Verkehrskonzept in der Stadt zu rufen. Wenn Sie die Gelegenheit genommen hätten zu sagen, da tut ihr jetzt etwas für 13 stehende Fahrzeuge. Aber bitte überlegt Euch doch mit wissenschaftlicher Hilfe, wie wir denn mit den gesamten Stadtproblemen fertig werden können? Da hätten Sie mein volles Verständnis gehabt dafür. Ich bitte wirklich bei dieser Gelegenheit wieder einmal alle Fraktionen im Steyrer Gemeinderat, denken wir doch gemeinsam darüber nach, ob wir nicht imstande sind, eine wissenschaftliche Arbeit in Auftrag zu geben, wie denn diese wahrscheinlich schönste Stadt in Österreich mit dem Verkehrsproblem fertig werden kann, mit dem es ohne Hilfe - das beweisen wir uns gegenseitig täglich - nicht fertig werden kann. Da können wir Kurzparkzonen probieren, da können wir Stehplätze probieren, da können wir über Asphaltierung von Fußgeherzonen diskutieren. So lange wir weder geordnete Nahverkehrssysteme haben, darum auch der Ruf nach einem Nahverkehrsvertrag zum Verkehrsverbund, wenn es uns nicht gelingt, die städtischen Linien attraktiver zu gestalten, wenn es uns nicht gelingt, die Fußgeherwege vom und zum Zentrum, von und zu den Stadtteilen, um deren Erneuerung und Neubelebung wir ja ringen, neu zu ordnen. So lange wir darüber nicht ernsthaft diskutieren, finde ich das Gespräch über 13 Garagen überflüssigst.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Holub, nächster ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich glaube im Bezug auf die Errichtung dieser 13 Garagen ist die Stadtgemeinde verpflichtet, ihr gegebenes Versprechen gegenüber den ehemaligen Wellblech-Garagenbesitzern einzulösen. Das ist einmal eine Feststellung. Wir haben ja dort - Kollege Tatzreiter hat das sehr drastisch geschildert, er ist ja dort Vertreter vor allem der Arbeiter und Angestellten, die sich mühevoll das Geld erarbeitet haben, damit sie in den 50iger Jahren eine Wellblech-Garage errichten konnten, welche sie dann beseitigen mußten, weil wir der Auffassung sind, besonders im Zusammenhang mit der Errichtung des Arbeitswelt-Museums, daß der Wehrgraben ein schöneres Gesicht bekommen soll. Ich glaube, daß dies gelungen ist durch die Entfernung, aber wir auch verpflichtet sind, unser Versprechen gegenüber den Arbeitern und Angestellten einzuhalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Treml. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Nachdem an und für sich bereits sehr viel gesagt wurde zum Beitrag des Kollegen Pragerstorfer, hatte ich eigentlich die Absicht, mich nicht dazu zu äußern. Aber so ganz ausschließen möchte ich mich doch nicht und sage daher doch einige Sätze dazu.

Ich habe ebenfalls die Auffassung, so wie Kollege Tremml, nachdem die Stadt aufgrund der Tatsache, daß sie aus bekannten Gründen - das hängt ja mit der Ausstellung im Wehrgraben zusammen - den Besitzern diese Garagen mehr oder weniger genommen hat, hat sie selbstverständlich auch die Verpflichtung übernommen, für diese verlorenen Garagen Ersatz zu schaffen. Ob der jetzige Platz geeignet ist oder ob es einen besseren gegeben hätte, das sei dahingestellt und ich kann das nicht beurteilen. Jedenfalls war es notwendig, einen Ersatz in unmittelbarer Nähe zu schaffen. Ich glaube, das ist Grundvoraussetzung, denn man kann ja nicht verlangen, daß man vielleicht wirklich den Leuten Ersatzgaragen am Tabor angeboten hätte. Dazu bekenne ich mich.

Allerdings bekenne ich mich auch, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zur Schaffung eines Gesamtverkehrskonzeptes, wie das Herr Vizebürgermeister Holub ausgeführt hat. Ich darf in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, an das Entwicklungskonzept erinnern, das der gesamte Gemeinderat erarbeitet hat und das schließlich dann in der Sitzung des Gemeinderates am 28. 6. 1984 beschlossen wurde. Ich möchte jetzt wirklich nicht im einzelnen darauf eingehen, aber gerade dem Teil Verkehr wurde sehr breiter Raum gewidmet. Es beinhaltet überregionalen Verkehrsanschluß, die Nordspange, innerstädtische Hauptstraßen usw. Ich glaube, das wäre vordringlich, in absehbarer Zeit daranzugehen im Sinne dieses beschlossenen Entwicklungskonzeptes für den Verkehr in unserer Stadt und auch für die Anbindung weiterzuarbeiten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Da Kollege Tatzreiter persönlich angesprochen wurde, möchte er noch einmal das Wort ergreifen.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich halte mich ganz kurz. Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, zwei Sätze nur mehr. Es geht nicht nur um 13 Garagen, Bewerber gibt es mehr. Das ist das eine. Wir haben das Gaswerkareal mit berücksichtigt bei der Installation des restlichen Anteiles von 38 bis 40 Garagen. Das heißt, wir werden 25 Stück dieser Garagen im Bereich des Gaswerkareales unterbringen können, weil dort ohnehin verbautes Gebiet ist.

Zum anderen muß ich sagen, im Zusammenhang mit der Kurzparkzone, die Du, Herr Vizebürgermeister Holub angesprochen hast, diese umzuändern, das würde ich jetzt nicht tun. Da durch den Bau des Gsangsteges derzeit dort ohnehin sehr wenig Platz ist zum Parken, ist es gerade jetzt noch zweckmäßig, überhaupt die Kurzparkzone aufrecht zu erhalten, weil dort mehrere Leute kurze Zeit ihr Auto abstellen können, die untertags im Bereich Wehrgraben arbeiten oder dort Besuche machen. Zum anderen muß ich sagen, es sind dort immer wieder Veranstaltungen und Ausstellungen, ob es unbedingt zweckmäßig ist, wird sich nach der Fertigstellung des Gsangsteges erweisen. Ich werde vielleicht nachher zu einem geeigneten Zeitpunkt diesen Antrag stellen mit der dortigen Bevölkerung. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nur einen Satz für das Protokoll. Obwohl ich wieder angesprochen wurde, verzichte ich auf die Gegenäußerung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Hat die KPÖ ein Thema? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei den Informationen des Bürgermeisters fehlte mir heute einen Bericht über den kürzlich in Villach stattgefundenen äußerst wichtigen Städtetag. Soweit ich informiert bin, war ja die Stadt Steyr vertreten - ich habe selbst mit dem Bürgermeister und einem der führenden Beamten des Rathauses gesprochen. Mir fehlt darüber ein Bericht und darum sage ich einiges über den Inhalt. Vielleicht können die anderen das hier irgendwie ergänzen. Die Frage eines EG-Beitritts Österreichs ist auch für die Stadt Steyr und für die Gemeinden von entscheidender und existenzwichtiger Bedeutung. Eben bei diesem Städtetag in Villach wurde festgestellt, daß ein EG-Beitritt eine umfassende Anpassung des österreichischen Steuerrechtes an die EG-Bestimmungen erfordern würde. Dadurch müßten so wichtige Gemeindesteuern, wie die Getränke- und die Lohnsummensteuer, zu Fall kommen. Einer der Hauptverlierer eines EG-Anschlusses Österreichs wären ohne Zweifel die Städte und Gemeinden. Außerdem müßte auch der Mehrwertsteuersatz den EG-Bedingungen angepaßt werden. Das hieße für unser Land insgesamt einen Mehrwertsteuerverlust von ca. 40 Milliarden Schilling, den die österreichischen Gemeinden in einem Ausmaß von über 5 Milliarden Schilling mitzutragen hätten. Aus einem Teil der Mehrwertsteuer wird aber der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds und der Wasserwirtschaftsfonds finanziert. Das heißt, ein EG-Beitritt würde also auch Schwierigkeiten bei der Krankenanstaltenfinanzierung und bei der Finanzierung vor allem auch bei Kanal- und Wasserleitungsbauten in unserer Stadt bringen. Derartige finanzielle Ausfälle könnten die Gemeinden meiner Meinung nach nicht tragen, ohne daß sie von Bund und Land einen entsprechenden Ersatz beim Wegfall dieser Einnahmen erhalten. Ein EG-Beitritt hat aber nicht nur negative Auswirkungen auf den kommunalen Finanzhaushalt, sondern auch auf die Budgets vor allem auch des Bundes und des Landes. Finanzminister Lacina hat dezidiert erklärt, daß es ganz sicher nicht gehen wird, daß der Bund allein die Kosten einer EG-Mitgliedschaft trägt. Das heißt anders, daß auch die Gemeinden als ohnehin schwächste Gebietskörperschaft durch einen EG-Beitritt finanziell belastet würden. Die Kosten für kommunale Vorhaben und Leistungen würden wiederum verstärkt auf die Gemeindebürger abgewälzt, eine Reihe notwendiger kommunaler Investitionen in dem Fall nicht getätigt bzw. neue Steuereinnahmen auf Kosten der Bevölkerung eingeführt werden. Ein EG-Beitritt hätte aber nicht nur negative Auswirkungen auf die Finanzen unserer Stadt und der übrigen Gemeinden. Auch der heute bei allen Einschränkungen durch Bund und Land doch noch große selbständige bzw. Entscheidungsbereich der Gemeinden müßte dann weitgehend eingeschränkt werden, da das EG-Recht dem nationalen Recht untergeordnet ist.

Wenn Ihnen, meine Damen und Herren, als Gemeinde- oder Kommunalpolitiker die Souveränität Österreichs und die Gemeindeautonomie und damit auch die Autonomie der Stadt Steyr ein Anliegen sind, müßten Sie, so wie ich, auch zur Schlußfolgerung kommen, ein EG-Beitritt Österreichs liegt nicht im Interesse der Stadt Steyr, schon gar nicht Österreichs, der übrigen Gemeinden sowie auch der Bevölkerung. Dagegen glaube ich sind Maßnahmen des Gemeinderates zu ergreifen. Und ich glaube auch, daß wir gemeinsam die österreichische Anti-EG-Bewegung stärker als bisher unterstützen sollten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Dazu darf ich feststellen, der Bürgermeister, wir zwei Vizebürgermeister und Kollege Pimsl waren beim Städtetag in Villach. Dieser stand im wesentlichen im Zeichen des EG-Beitrittes Österreichs. Ich war bei den meisten Diskussionen dabei, es waren ja mehrere Arbeitskreise, wo die verschiedensten Gesichtspunkte eines EG-Beitrittes durchleuchtet wurden. Ich glaube, es würde zu weit führen, wenn wir jetzt auf Details eingehen würden. Es ist richtig, daß es große Schwierigkeiten gibt, pro und kontra. Es hat der Städtebund am dritten Tag eine sehr umfangreiche Resolution mit Forderungen beschlossen, die an die Bundesregierung gerichtet sind. Wenn sie wollen, verlese ich Ihnen diese Resolution. Es handelt sich um eine umfangreiche Resolution, wo die Bundesregierung aufmerksam gemacht wird, ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Die meisten kennen diese Resolution nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

In der Gemeindezeitung ist sie abgedruckt. Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Nachdem ich ja während der gesamten Zeit anwesend war und die anderen Teilnehmer aus dienstlichen Gründen schon vorzeitig abreisen mußten, darf ich vielleicht doch einiges zu diesem Städtetag unter dem Aspekt EG und EG-Antrag einbringen. Es stand der gesamte Städtetag unter dem Motto einer europäischen Integration innerhalb einer großen Wirtschaftsgemeinschaft und es hat mehrere Vorträge zu diesem Thema gegeben. Am ersten Tag durch einen Europa-Rat-Abgeordneten, einen bundesdeutschen, der sehr fundiert und sehr plausibel das Für und Wider von seiner Sicht eines Beitrittes von Österreich erläutert hat. Er hat aber auch darüber nicht im Unklaren gelassen, - da kann ich Kollegen Treml durchaus beipflichten, - daß bei einem Beitritt Österreichs in die EG gewisse Souveränitätsrechte von Österreich abgegeben werden müssen, weil sie in Straßburg oder Brüssel, wo immer, dann wahrgenommen werden. Es hat dann Vizebürgermeister Mayr von Wien, gedacht als Kontraredner zum Beitrag des Europadelegierten, einen Beitrag gebracht, der glaube ich - ich widerspreche nicht denen, die dort waren - eher enttäuschend gewesen ist, weil er kaum auf die Fragen der EG oder des EG-Beitrittes Österreichs eingegangen ist. Deswegen enttäuschend, weil ja gerade Mayr von seiner Ansicht her zu jenen Mandataren oder Verantwortlichen in Wien zählt, die gegen einen EG-Beitritt argumentieren. Allerdings wenn er keine besseren Argumente findet, sind sie nicht überzeugend, zumindest aus meiner Sicht. Das sollte man der Wahrheit gemäß sagen. Wesentlich mehr zu einem voraussichtlichen oder beantragten EG-Beitritt hat Finanzminister Lacina gesagt, der beinhaltet - Dr. Schmidl war mit dabei - den Gemeinden und Städten wissen hat lassen, daß man zweifellos nicht damit rechnen kann, daß die Gemeinden, die Länder und die Städte vor allem, sich die Rosinen aus einem Kuchen herausuchen und der Bund wird das Bei- oder Eintrittsgeld in die EG zu leisten haben. Es ist voraussichtlich bei einem allfälligen EG-Beitritt der Eintrittspreis netto 11 Milliarden Schilling für Österreich nach der heutigen Sicht anzunehmen. Daß darüberhinaus natürlich in wenigen Jahren eine große Summe Geldes zurückfließen wird, daß die Vorteile für einen EG-Beitritt für die Wirtschaft und auch in anderen Bereichen durchaus positiv zu vermerken sind, sei unbestritten. Es gibt aber auch eine Reihe von Argumenten, die gegen eine Vollmitgliedschaft sprechen. Eines der wesentlichsten scheint das Argument zu sein, daß die Preisgabe der Neutralität für Österreich ein zu hoher Eintrittspreis für einen Vollbeitritt in die EG

sein könnte. Es steht aber außer Frage, daß auch andere Gesetze, die in Österreich bestehen, sei es am Umweltsektor, sei es vor allem im sozialen Bereich, nicht mit der EG harmonisch verlaufen und es daher zu Änderungen kommen könnte, vor allem auch was den Mehrwertsteuersatz anbelangt. Was ja nicht unbedingt ein Nachteil für den Konsumenten sein muß, aber letztlich für den Staat und für die Gemeinden Einnahmehausfälle darstellen, die wieder auszugleichen natürlich dann am Verhandlungsweg versucht werden muß. Diese Bereitschaft ist von der Bundesregierung bekundet worden. Allerdings, ich wiederhole es nochmals, mit jener Aussage, daß man nicht damit rechnen darf, daß die Lasten der Bund übernimmt und die Vorteile sozusagen alle gemeinsam wahrnehmen und kassieren können.

Ich habe in den letzten Wochen mehrmals Gelegenheit gehabt, über EG-Beitritt sehr fundierte Vorträge zu hören. Ich gestehe gerne, daß ich zwar seitdem einiges mehr weiß und vielleicht da oder dort besser diese zukünftige Vision eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes - hier geht es ja auch darum, daß daran gedacht ist, später den osteuropäischen Raum in irgend einer Form mit einzubinden - weiß, aber keinesfalls damit behaupten möchte, klar heute von meiner Sicht aus sagen zu können, daß ein EG-Beitritt auf jeden Fall unter allen Umständen von Österreich anzustreben ist. Es hat zumindest ein Argument auch Vizebürgermeister Mayr glaube ich durchaus richtig dargestellt. Daß zwischen diesen beiden Wirtschaftsblöcken, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Comecon, es durchaus eine funktionsfähige Gruppe von Staaten geben könnte, die keiner der beiden Wirtschaftsblöcke zumindest noch einige Zeit angehören, um eine Vermittler- und Verbindungsfunktion dabei auszuüben. Dieses Argument hat zweifellos etwas auf sich. Es hat der österreichische Gesetzgeber jedenfalls zukünftig die Aufgabe und das ist auch vor allem von der Bundesregierung so vorgesehen und vom Parlament mehrheitlich mit Sicherheit so zu betrachten, daß die zukünftige Gesetzgebung im Parlament schon auf eine spätere europäische einheitliche Gesetzgebung ausgerichtet werden wird. Denn selbst wenn wir einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft nicht vollziehen wollen oder können, wird es uns nicht erspart bleiben, in vielen Bereichen unseres Lebens uns nach den Modalitäten des europäischen Wirtschaftsraumes zu richten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag. Kollege Holub für die Österr. Volkspartei.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist völlig unmöglich, in einer Aktuellen Stunde, wo jeder fünf Minuten Rederaum hat, die Themen und die Problematik der Annäherung an die EG bzw. des Versuchs eines Beitrittes in die EG auch nur in die Auswirkung auf die Gemeinde hier nicht einmal anzudiskutieren. Nicht einmal das ist möglich. Wir waren bei den Arbeitskreisen ja noch in Villach, nicht aber bei der Schlußveranstaltung, und haben dort in verschiedenen Arbeitskreisen stundenlang Diskussionen gehört über Probleme, die die Europäische Gemeinschaft selbst in sich noch nicht gelöst hat. Wenn wir jetzt hier im Steyrer Gemeinderat so großzügig wären, innerhalb von fünf Minuten zu sagen, es gibt keine Probleme, wir sind uneingeschränkt und hurra, Fahne voran, für den EG-Beitritt, dann wäre das schlicht und einfach die Unwahrheit. Kollege Pimsl hat - das weiß man auch von allen Reden der europaengagierten Menschen an der Spitze meiner Partei - angeführt, daß es ohne die Neutralität Österreichs den Schritt in den europäischen Markt für Österreich nicht geben kann. Das ist etwas, was alle demokratischen Parteien in Österreich klar ausgesagt haben und auch immer wieder aussagen werden, daß wir uns bemühen werden müssen, im Rahmen unserer politischen Parteien und im Rahmen der Vertretungen der Gemeinden, Gemeinde- und Städtebund, die Interessen der Gemeinden zu wahren. Das ist eine

Selbstverständlichkeit. Die Enttäuschung, die Kollege Pimsi über den Beitrag des Herrn Vizebürgermeister Mayr aus Wien geäußert hat, ist ja doppelt begründet. Aus meiner Sicht nicht vielleicht etwa deshalb, weil ich jetzt einen akzentuierten, parteipolitisch akzentuierten Gegner gegen den Beitrag hören wollte, sondern weil ich hören wollte, was immerhin der zweite Mann im Verhandlungsteam um den Finanzausgleich aus der Länder- und Gemeindesicht - Ratzenböck und Mayr verhandeln das bitte. Ich wollte wirklich hören, was der Mann aus der kommunalfinanziellen Sicht zur EG jetzt an Problemen darstellt. Davon - das war unsere gemeinsame Enttäuschung, ich glaube, ich kann den Finanzreferenten der Stadt miteinbeziehen - war null die Rede. Das war eigentlich sehr sehr bedauerlich, weil wir uns doch in Arbeitskreisen in weiterer Folge mit den Finanzen auseinandergesetzt haben. Ab dieser Rede hat der Städtetag eigentlich ein wenig unter der Devise laufen müssen, Thema verfehlt. Weil wenn wir nur von den Gästen aus der Bundesrepublik und von österreichischen Verfassungsrechtlern Probleme geschildert bekommen, die es an sich gibt und nicht die unmittelbaren Auswirkungen, die zu verzeichnen wären, sofern sich die Rechtslage in Österreich nicht ändert, insbesondere die Steuerrechtslage, dann war es eigentlich ein kleiner Lapsus. Ich glaube, der Herr Mayr hat gar nicht gewußt, wie er seine Rede gehalten hat, daß er hier nicht vor einem Zeit im Bild 2-Studio spricht, in dem es gilt, akzentuierte Pointen zu setzen, sondern daß er vor einer Versammlung von Kommunalpolitikern gesprochen hat und hochgradigen Beamten, die versuchen zu erlernen, was uns bewegen wird müssen, ob wir jetzt ja sagen zur EG oder nein, das hat auch Kollege Pimsi ganz richtig gesagt. Wir werden diese Materie erlernen müssen. Jeder Mensch weiß, je besser man einen neuen Stoff lernt, desto eher ist die Wahrscheinlichkeit, daß man auch damit umgehen kann. Der Umkehrschluß ist auch zulässig, wenn wir so täten, als gäbe es die Problematik nicht, dann haben wir die beste Chance, der Verlierer dabei zu sein. Man kann das wirklich nicht in fünf Minuten im Detail andiskutieren, aber wir werden uns sicherlich alle weiterbilden müssen. Es gibt sehr gute Unterlagen über das Dokumentationszentrum, wo zumindest Rechtszusammenfassungen und physikalische Zusammenfassungen geliefert werden. Ich kann von dieser Tagung in Villach den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates nicht mehr mitbringen als die Empfehlung, bitte lest Euch das durch und versucht, so viel als möglich zu lernen über dieses Thema und versuchen wir dann so viel als möglich ohne parteipolitisches Protokoll zu diesem Thema zu diskutieren, wenn wir unseren Weg in die Zukunft gehen wollen. Ohne Europa wird es diese Zukunft nicht geben. In welchen Ausmaßen da erste Schritte gesetzt werden, das ist, glaube ich, ziemlich vom Gemeinderat der Stadt Steyr aus weniger zu bedenken. Der Gemeinderat der Stadt Steyr sollte sich allerdings bei allen seinen Äußerungen in einem im klaren sein, daß man auch steile Stufen nicht von der untersten auf die oberste Sprosse sofort erglimmt. Das ist das gemeinsame Europa aller politischen Richtungen und aller Märkte. Das wäre das Über-Europa aus Comecon und EG. Das wird sicherlich der zweite Schritt sein müssen. Zunächst muß man einmal auf einer Ebene denken lernen. Viele Dinge sind in Bewegung. Ich glaube, man sollte es hier nicht zerdiskutieren, sondern gemeinsam besprechen.

Gemeinderat Hermann Bachner verläßt um 16.35 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Die GAL bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, sind die österreichischen Grünen in der Reihe derer, die relativ vehement der Meinung sind, daß ein EG-Beitritt Österreichs keine sehr glückliche Lösung wäre. Es gibt, wie wir gehört haben,

viele Gründe, die gegen der Beitritt zur EG sprechen. Gewichtige und kleinere. Ich will auf das nicht so sehr eingehen. Ich möchte nur ein paar Sätze sagen, die mir persönlich bei dieser ganzen EG-Diskussion eingefallen sind. Und zwar, ist es doch darum, daß ich z. B. zu einer Generation von Leuten gehöre, die die ganze Vorgeschichte Österreichs von der Monarchie und das kleine Land, das 1919 übriggeblieben ist aus dem Untergang der Monarchie, von diesen ganzen Streitigkeiten der Ersten Republik und den mühsamen Versuchen, die Demokratie einzuführen, aufrecht zu erhalten, nichts mehr mitbekommen haben. Ich habe Österreich so erlebt, wie es nach dem Krieg war. In den Grenzen, in der politischen Organisation, wie es jetzt noch ist. Ein kleines Land, das irgendwo durch eine glückliche politische Entwicklung ungeteilt aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, frei geworden ist von der Besatzung. Ich habe mir eigentlich gedacht, das ist eine Situation, mit der man zurecht kommen kann. Nach 1919 war man ja der Meinung, daß Österreich nicht lebensfähig ist in diesem kleinen Wirtschaftsraum. Nach 1945 hat man sich aufgerafft und hat gesagt, es geht. Bruno Kreisky hat dann auch gezeigt, daß man als kleines Land auch sehr viele Vorteile hat, wenn man es geschickt nützt. Man muß ein wenig Selbstbewußtsein aufbringen, ein bißchen vorsichtig sein. Es gibt ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Voraussetzung dazu ist, daß sich die beiden Großen nicht vertragen.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Es gibt nicht nur die beiden Großen in Zukunft, es gibt viele andere auch. Wir hätten in Österreich viele Möglichkeiten. Nicht nur die Verbindung zwischen Westeuropa und Mitteleuropa. Oder die Möglichkeit, die sich jetzt wieder bietet, den Donau-europäischen Wirtschaftsraum, der aus der k. k. Monarchie in Resten da ist, diese alten Verbindungen wieder aufleben zu lassen, eine Rolle zu spielen. Wir haben auch über Planeten hinweg die Möglichkeit, als kleines, neutrales, hochindustrialisiertes Land eine Verbindungsrolle zu spielen, zu unserem eigenen Nutzen, zur Dritten und Vierten Welt. Aber es gibt natürlich in Österreich auch immer schon - auch das ist historisch verbürgt - den Zug der Hammelherde. Man rennt einfach irgendwo mit, weil man glaubt, das ist bequemer, das erspart einem das eigenständige Denken. Daß wir in dem großen Verband möglicherweise nur mehr die Würstchen am Rande sind, die Leute, die eine schöne Aussicht zu verkaufen haben, die sich dann die besseren Leute kaufen können, die die Oberkellner spielen oder die Durchfahrtsrampen bauen für den EG-Transitverkehr. Das wird nicht so sein. Ich denke mir, wenn wir die ganzen Veränderungen haben wollen, seien es jetzt die Dinge, die die Gemeinde betreffen bei den Steuern, seien es die Dinge, die die Kammern betreffen, Zwangsmitgliedschaft, und viele andere Dinge, die in der EG fallen müßten. Die könnte man als Österreicher auch selber durchsetzen, wenn wir den Willen haben, sie durchzusetzen. Wenn das so eine gute Idee war, dieser westeuropäische Wirtschaftsraum, denke ich mir, wären die Schweizer und die Schweden die ersten gewesen, die dort drinnen gesessen wären. Es gibt also immer wieder Länder, deren Bevölkerung mehr Persönlichkeit und mehr Rückgrat und mehr Willen zur Eigenständigkeit aufbringt als anscheinend die Österreicher. Viele viele Gründe, wo ich ganz persönlich meine, eigentlich könnten wir uns sehr langsam damit beschäftigen, man muß nicht plötzlich los-trampeln, man kann sich das sehr lange überlegen. Ich glaube nicht, daß uns so viel entgeht, wenn wir am Rande des zukünftigen westeuropäischen Binnenmarktes irgend eine untergeordnete Rolle spielen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!
Zu dem vielen Gesagten - vor dem Problem stehe ich ja immer - darf ich doch noch einige Meinungsäußerungen aus meiner Sicht hinzufügen.

Ich möchte das, ohne für uns Reklame zu machen für die Arbeiterkammerwahlen, doch aus dieser Sicht einmal sagen und beleuchten, weil Sie ja alle wissen, daß ich in meiner Eigenschaft als Arbeitnehmer und auch in meiner Eigenschaft als Gemeinderat immer bemüht bin, die Situation in sämtliche Entscheidungsbedingungen so zu sehen und einzubinden, daß die Bewältigung der Zukunft nur dann möglich sein wird, wenn Arbeitnehmer, Arbeitgeber und damit die Wirtschaft zusammenarbeiten.

Daher darf ich Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, einige Gedanken hier unterbreiten, sie stammen aus einer Aussendung, an der ich mitgearbeitet habe und zu der ich mich auch voll bekenne. Unter der Überschrift "Beitrittsansuchen zur EG ist überfällig" vertreten wir folgende Meinung. Die Arbeitnehmer wurden eigentlich viel zu wenig in die Diskussion um EG-Beitritt ja oder nein einbezogen. Die Aufklärung und Information der Arbeitnehmer ist eher als unzureichend zu bezeichnen. Der Arbeitnehmer ist trotz Rationalisierung und fortschreitender Technisierung mit seiner Arbeitsleistung und Arbeitskraft noch immer Fundament und Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Er ist als Konsument auch ein Garant für eine gesunde Volkswirtschaft. Aber eine soziale und freie Marktwirtschaft erfordert eben Partnerschaft, wie ich bereits eingangs gesagt habe, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und somit auch eine Einbindung der Arbeitnehmer in den Entscheidungsprozeß.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich hätte schon gehofft, daß wir uns gegenseitig im Gemeinderat ersparen, daß wir uns schon veröffentlichte Flugschriften vorlesen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist keine öffentliche Flugzeitschrift, sondern das ist ein Papier, das wir erarbeitet haben, Kollege Holub. Ich habe bereits gesagt, daß ich das einmal aus anderer Sicht beleuchten werde, weil ja so viel zu diesem Thema gesagt wurde aus anderen Bereichen und aus der anderen Sicht. Da ist bestimmt keine böse Absicht dahinter, sondern das ist meine Meinung, die ich hier kundtue. Ich glaube, das steht mir als Mandatar ja zu. Daher, meine Damen und Herren, treten wir Freiheitlichen für einen raschen EG-Beitritt ein, nicht nur als Arbeitnehmer, sondern generell. Wir stellen halt fest, daß offensichtlich diese EG-Diskussion ein typisches österreichisches Schicksal erleidet, es wird zu lange darüber geredet, bis nichts mehr übrig bleibt. Wir glauben daher, daß im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitnehmer ein rasches Vorgehen unumgänglich notwendig ist. Das sollte meiner Auffassung nach der Grundtenor des Gemeinderates sein. Ich danke trotz der Zwischenrufe für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Hat die FPÖ einen Beitrag? Keinen.

Auch die EG-Diskussion ist vorläufig abgeschlossen. Ich glaube, in der Frage EG werden wir sicher noch oft und lange Diskussionen haben.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende angelangt. Wie üblich darf ich bekanntgeben, die Summe der Kenntnisnahme von Beschlüssen beträgt 2,110.400,- Schilling, die Summe der Verhandlungsgegenstände S 91,715.650,-, daher insgesamt S 93,826.050.

Ich danke für die Mitarbeit und schließe die heutige Gemeinderatsitzung.

Ende der Sitzung: 16.55 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

VOK. Augustin Zinedler e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Hubert Sturmberger e. h.

Otto Tremel e. h.